

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland (Hospiz- und Palliativgesetz – HPG)

A. Problem und Ziel

Schwerkranke und sterbende Menschen benötigen in ihrer letzten Lebensphase die bestmögliche menschliche Zuwendung, Versorgung, Pflege und Betreuung. Dies erfordert eine gezielte Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland. Zwar sind in den letzten Jahren beim Auf- und Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung bereits Fortschritte erzielt worden. Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen fehlt es jedoch noch an ausreichenden Angeboten. Ziel des Gesetzes ist deshalb, durch Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung in ganz Deutschland ein flächendeckendes Angebot zu verwirklichen, damit alle Menschen an den Orten, an denen sie ihre letzte Lebensphase verbringen, auch im Sterben gut versorgt und begleitet sind.

In der Regelversorgung sind die Vernetzung von medizinischer und pflegerischer Versorgung sowie hospizlicher Begleitung und die Kooperationen zwischen den verschiedenen Leistungserbringern noch zu wenig ausgeprägt. Da der Hilfebedarf schwerkranker und sterbender Menschen von Fall zu Fall unterschiedlich ist und sich auch im Verlauf der letzten Lebensphase verändern kann, ist eine vernetzte Versorgung wichtig, die ein reibungsloses Ineinandergreifen verschiedener Hilfsangebote gewährleistet. Neue und bereits bestehende Angebote sollen deshalb stärker ineinandergreifen, damit schwerkranke und sterbende Menschen entsprechend ihren individuellen Wünschen und Bedürfnissen versorgt und betreut werden.

In stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, in denen viele Menschen ihre letzte Lebensphase verbringen, gilt es, die Hospizkultur und Palliativversorgung insgesamt weiterzuentwickeln.

Das Gesetz sieht Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung, in der sozialen Pflegeversicherung und im Krankenhauswesen vor. Die Maßnahmen zielen darauf ab

- in strukturschwachen und ländlichen Regionen die Palliativversorgung weiter auszubauen und die Hospizbewegung zu unterstützen,

- die Vernetzung von Angeboten der medizinischen und pflegerischen Versorgung sowie der hospizlichen Begleitung sicherzustellen und die Kooperation der daran beteiligten Leistungserbringer zu gewährleisten,
- die Palliativversorgung als Teil der Regelversorgung in der haus- und fachärztlichen Versorgung sowie im Rahmen der häuslichen Krankenpflege zu verankern und die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) flächendeckend zu verbreiten,
- die finanzielle Förderung stationärer Kinder- und Erwachsenenheime sowie ambulanter Hospizdienste zu verbessern,
- die Palliativversorgung und Hospizkultur in stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern zu stärken sowie
- die Versicherten gezielt über bestehende Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung zu informieren und Pflegeheimbewohnern eine individuelle Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase zu ermöglichen.

B. Lösung

Mit dem Gesetz wird die flächendeckende Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland durch gezielte Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung gestärkt. Es werden Anreize zum weiteren Auf- und Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung gesetzt und die Kooperation und Vernetzung in den relevanten Versorgungsbereichen gefördert. Die Versicherten werden besser über Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung informiert, damit die letzte Lebensphase selbstbestimmt und bestmöglich begleitet verbracht werden kann.

Schwerpunkte des Gesetzes sind:

- Die ambulante Palliativversorgung sowie die Vernetzung unterschiedlicher Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung werden gestärkt, indem im vertragsärztlichen Bereich zusätzlich vergütete Leistungen zur Steigerung der Qualität der Versorgung und zur Förderung von Kooperationen mit den an der Versorgung Beteiligten und der aktiven Koordination der Leistungsangebote eingeführt werden. Dabei wird auf den bereits bestehenden Abrechnungsmöglichkeiten der palliativmedizinischen Betreuung im hausärztlichen Versorgungsbereich aufgebaut.
- Die Bedeutung der häuslichen Krankenpflege für die ambulante Palliativversorgung in der Regelversorgung wird herausgestellt, indem der Leistungsanspruch insoweit gesetzlich klargestellt wird und der Gemeinsame Bundesausschuss den Auftrag erhält, in seiner Richtlinie über die Verordnung häuslicher Krankenpflege die behandlungspflegerischen Maßnahmen und Leistungen der Palliativpflege näher zu konkretisieren.
- Um insbesondere in ländlichen Regionen den weiteren Ausbau der SAPV zu fördern, wird ein Schiedsverfahren für entsprechende Versorgungsverträge eingeführt. Zudem wird klargestellt, dass allgemeine und spezialisierte ambulante Palliativversorgung auch in selektivvertraglichen Versorgungsformen und gemeinsam vereinbart werden können.

- Die finanzielle Ausstattung stationärer Hospize wird durch eine Erhöhung des Mindestzuschusses sowie eine Erhöhung des Zuschusses zu den zuschussfähigen Kosten bei den stationären Hospizen für Erwachsene verbessert. Zudem wird den Partnern der Rahmenvereinbarung aufgegeben, einheitliche Standards zu Umfang und Qualität der zuschussfähigen Leistungen zu vereinbaren. Die Selbstverwaltung hat die Rahmenvereinbarung für die stationäre Hospizversorgung künftig regelmäßig zu überprüfen und unter Berücksichtigung der besonderen Aufgaben in der hospizlichen Palliativversorgung weiterzuentwickeln. Für Kinderhospize sind eigene Rahmenvereinbarungen möglich.
- Zu Gunsten der ambulanten Hospizdienste werden verschiedene Hemmnisse beseitigt. Bei der Förderung werden neben den Personalkosten auch die Sachkosten angemessen berücksichtigt. Die Partner der Rahmenvereinbarung über die ambulante Hospizarbeit haben sicherzustellen, dass die finanzielle Förderung durch die Krankenkassen zeitnäher erfolgt, und dass das Verhältnis von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den aktuellen Versorgungsanforderungen entspricht. Außerdem ist die ambulante Hospizarbeit in vollstationären Pflegeeinrichtungen stärker zu berücksichtigen und Krankenhäuser können ambulante Hospizdienste mit Sterbebegleitungen in ihren Einrichtungen beauftragen. Die Rahmenvereinbarung ist auch hier künftig regelmäßig anzupassen.
- Versicherte erhalten einen Anspruch auf individuelle Beratung und Hilfestellung durch die gesetzlichen Krankenkassen bei der Auswahl und Inanspruchnahme von Leistungen der Palliativ- und Hospizversorgung.
- Die Hospizkultur und Palliativversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen wird weiter verbessert. Da Sterbebegleitung zur Pflege in der letzten Lebensphase dazu gehört, wird sie als Bestandteil des Versorgungsauftrages der sozialen Pflegeversicherung ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen. Daran anknüpfend wird in den Rahmenverträgen zur pflegerischen Versorgung die Bedeutung der Sterbebegleitung durch deren ausdrückliche Benennung betont, und es werden die in der vollstationären Pflege bestehenden Mitteilungspflichten um Informationspflichten zur Zusammenarbeit mit Hospiz- und Palliativnetzen erweitert.
- Die ärztliche Versorgung in vollstationären Pflegeeinrichtungen wird dadurch verbessert, dass diese künftig Kooperationsvereinbarungen mit vertragsärztlichen Leistungserbringern abschließen sollen. Zugleich wird die Teilnahme von Vertragsärztinnen und -ärzten an solchen Kooperationsverträgen finanziell durch eine entsprechende Vergütung gefördert.
- Es wird die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass vollstationäre Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern ein individuelles und ganzheitliches Beratungsangebot über Hilfen und Angebote zur medizinischen, pflegerischen, psychosozialen und seelsorgerischen Betreuung in der letzten Lebensphase anbieten können. Durch Koordination der verschiedenen Versorgungsangebote und Kooperation mit den dafür zuständigen Leistungserbringern und Einrichtungen ist sicherzustellen, dass eine umfassende palliative und hospizliche Betreuung entsprechend der individuellen Versorgungsplanung für die letzte

Lebensphase gewährleistet ist. Das Beratungsangebot wird von den gesetzlichen Krankenkassen finanziert.

- Stationären Palliativeinrichtungen wird gesetzlich das Recht eingeräumt, einseitig gegenüber den Kostenträgern zu erklären, ob sie krankenhausindividuelle Entgelte als besondere Einrichtung vereinbaren möchten.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Das Gesetz führt zu folgenden jährlichen Mehrausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung:

Die Erhöhung des Mindestzuschusses für stationäre Hospize auf 9 Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch ergibt im Jahr 2016 Mehrausgaben von etwa 13 Millionen Euro. Die jährlichen Mehrausgaben in den Folgejahren verändern sich gemäß der prozentualen Veränderung der Bezugsgröße. Die Erhöhung des Zuschusses zu den zuschussfähigen Kosten für stationäre Hospize ergibt jährliche Mehrausgaben in Höhe von etwa 4 Millionen Euro. Die Berücksichtigung der Sachkosten bei der Förderung der ambulanten Hospizdienste führt zu jährlichen Mehrausgaben in Höhe eines einstelligen Millionenbetrags.

Die zusätzliche vertragsärztliche Vergütung kann abhängig von den jeweiligen Vergütungsvereinbarungen der Selbstverwaltungspartner auf Bundesebene zu folgenden jährlichen Mehrausgaben führen: für die Förderung der vertragsärztlichen Qualifikation in der Palliativversorgung, der interprofessionellen Strukturierung der Versorgungsabläufe sowie der aktiven Kooperation zu einem unteren mittleren zweistelligen Millionenbetrag; für die Stärkung der kooperativen und koordinierten vertragsärztlichen Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen zu einem mittleren bis höheren zweistelligen Millionenbetrag; für die vertragsärztliche Beteiligung an der Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase in Pflegeeinrichtungen zu einem mittleren zweistelligen Millionenbetrag.

Die gesetzliche Klarstellung zum Leistungsanspruch auf häusliche Krankenpflege im Hinblick auf ambulante Palliativversorgung, die Änderung der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Verordnung häuslicher Krankenpflege und die Förderung der Verträge zur allgemeinen und spezialisierten ambulanten Palliativversorgung führen zu jährlichen Mehrausgaben in diesen Leistungsbereichen. Da diese von den jeweiligen Festlegungen der gemeinsamen Selbstverwaltung bzw. vom zukünftigen Ordnungs- und Vertragsgeschehen abhängen, sind diese Mehrausgaben derzeit nicht konkret quantifizierbar.

Stellen die Hälfte der vollstationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen Beratungsangebote zur Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase bereit, kann von jährlichen Mehrausgaben für die Einrichtungen in Höhe eines unteren mittleren zweistelligen Millionenbetrages ausgegangen werden. Bei Ausbau des Angebots in den Folgejahren ist von einer Verdoppelung auszugehen.

Ob und inwieweit durch die gestärkte Option zur Verhandlung krankenhausindividueller Entgelte für Palliativstationen oder -einheiten jährliche Mehrausga-

ben entstehen, ist abhängig von den krankenhausindividuellen Verhandlungsergebnissen und damit grundsätzlich nicht vorhersehbar.

Den genannten Mehrausgaben können Minderausgaben aufgrund einer verbesserten Koordinierung der ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativversorgung gegenüberstehen. Das betrifft etwa die Vermeidung unnötiger Krankenhausaufenthalte und Krankentransporte, unnötiger Mehrfachmedikation oder unnötiger Doppeluntersuchungen. Diese Effekte sind allerdings mittelbarer Natur und nicht konkret quantifizierbar.

Vorbehaltlich der Einschätzung, dass die mit den Maßnahmen dieses Gesetzes verbundenen Be- und Entlastungen für die gesetzliche Krankenversicherung aufgrund dezentraler Entscheidungsfindungen im Gesundheitswesen und schwer prognostizierbarer Verhandlungsergebnisse der Selbstverwaltungspartner sowie Verhaltensanpassungen oft nicht näher quantifizierbar sind, könnte die jährliche Mehrbelastung der gesetzlichen Krankenversicherung durch das Gesetz insgesamt bei voller Jahreswirkung einen unteren bis mittleren dreistelligen Millionenbetrag betragen.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die maßgeblichen Organisationen der stationären Hospize und ambulanten Hospizdienste führt die regelmäßige Anpassung der Rahmenverträge über Hospizleistungen alle vier Jahre zu einem wiederkehrenden geringfügigen Erfüllungsaufwand.

Den stellungnahmeberechtigten Organisationen der Hospizarbeit und der Palliativversorgung entsteht bei der Anpassung der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Verordnung häuslicher Krankenpflege ein einmaliger geringer, nicht quantifizierbarer Erfüllungsaufwand.

Die Kosten der Beratungsangebote der vollstationären Pflegeeinrichtungen und der Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zur Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase werden von den Krankenkassen erstattet. Der Erfüllungsaufwand der Pflegeeinrichtungen und der Einrichtungen der Eingliederungshilfe entspricht daher den Haushaltsausgaben der Krankenkassen ohne Erfüllungsaufwand.

Den Vereinigungen der Träger der vollstationären Pflegeeinrichtungen und der Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen auf Bundesebene entsteht durch die Vereinbarung der Inhalte und Anforderungen der Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase mit dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen ein einmaliger, nicht quantifizierbarer Erfüllungsaufwand. Stellungnahmeberechtigten Organisationen (soweit sie der Wirtschaft zuzuordnen sind) entsteht ein einmaliger geringer Beteiligungsaufwand.

Bei schiedsfähigen Vereinbarungen nach diesem Gesetz können den daran beteiligten Vertragspartnern der SAPV bzw. den Vereinigungen der Träger der vollstationären Pflegeeinrichtungen als Vertragspartner zusätzliche einmalige Aufwendungen für ein etwaiges Schiedsverfahren entstehen.

Den Vereinigungen der Träger der Pflegeeinrichtungen in den Ländern entsteht durch die Anpassung der Landesrahmenverträge in der sozialen Pflegeversicherung ein einmaliger Umstellungsaufwand von insgesamt mehreren zehntausend Euro.

Soweit die Vereinbarung krankenhausesindividueller Entgelte für Palliativstationen oder -einheiten durch einseitige Erklärung der Krankenhäuser erfolgt, entfallen bisher mögliche Schiedsstellenverfahren hierzu, so dass mit einer geringen Entlastung beim Erfüllungsaufwand auf Seiten der Krankenhäuser zu rechnen ist, der aber nicht näher quantifiziert werden kann.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Die Informationspflichten der vollstationären Pflegeeinrichtungen über die Zusammenarbeit mit Hospiz- und Palliativnetzen führen ab dem Jahr 2016 zu jährlichen Bürokratiekosten von insgesamt mehreren zehntausend Euro.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Der jährliche Erfüllungsaufwand der Krankenkassen für die Beratung der Versicherten und Hilfestellung bei der Inanspruchnahme von Versorgungsleistungen ist im Rahmen der bestehenden Haushaltsansätze zu tragen.

Für den Spitzenverband Bund der Krankenkassen führt die regelmäßige Anpassung der Rahmenverträge über Hospizleistungen alle vier Jahre zu einem wiederkehrenden geringfügigen Erfüllungsaufwand.

Dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung entsteht durch die neuen Regelungen zur Palliativversorgung im Bundesmantelvertrag und den Anpassungen des einheitlichen Bewertungsmaßstabes ein einmaliger Erfüllungsaufwand von insgesamt rund 20 000 Euro. Zudem entsteht beim Bewertungsausschuss für die neuen Berichtspflichten ab dem Jahr 2017 ein einmaliger und ein jährlicher Erfüllungsaufwand von jeweils wenigen tausend Euro.

Die Anpassung der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Verordnung häuslicher Krankenpflege führt zu einem einmaligen geringfügigen Erfüllungsaufwand.

Für den Bund (Bundesministerium für Gesundheit) entsteht durch die aufsichtsrechtliche Prüfung der Beschlüsse zur Anpassung des einheitlichen Bewertungsmaßstabes und zur Anpassung der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Verordnung häuslicher Krankenpflege jeweils ein einmaliger geringer Erfüllungsaufwand. Mehrbedarfe an Sach- und Personalmitteln werden finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen.

Dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen entsteht durch die Vereinbarung der Inhalte und Anforderungen der Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase mit den Vereinigungen der Träger der vollstationären Pflegeeinrichtungen und der Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen auf Bundesebene ein einmaliger, nicht quantifizierbarer Erfüllungsaufwand. Stellungnahmeberechtigten Organisationen (soweit sie der Verwaltung zuzuordnen sind) entsteht ein einmaliger geringer Beteiligungsaufwand.

Bei schiedsfähigen Vereinbarungen nach diesem Gesetz können den daran beteiligten Krankenkassen und dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen als

Vertragspartner einmalige Aufwendungen für ein etwaiges Schiedsverfahren entstehen. Dabei kann der zuständigen Aufsichtsbehörde des Bundes oder des Landes über die vertragsschließende bundes- oder landesunmittelbare Krankenkasse oder über den Spitzenverband Bund der Krankenkassen ein geringer einmaliger Erfüllungsaufwand zur Bestimmung einer Schiedsperson im Fall der Nichteinigung der Vertragsparteien entstehen.

Auf Landesebene entsteht durch die Anpassung der Landesrahmenverträge in der sozialen Pflegeversicherung ein einmaliger Umstellungsaufwand von insgesamt mehreren zehntausend Euro. Die Veröffentlichungspflicht der Landesverbände der Pflegekassen über die Zusammenarbeit mit Hospiz- und Palliativnetzen führen ab 2016 zu jährlichen Bürokratiekosten von insgesamt mehreren zehntausend Euro.

Soweit die Vereinbarung krankenhausesindividueller Entgelte für Palliativstationen oder -einheiten durch einseitige Erklärung der Krankenhäuser erfolgt, entfallen bisher mögliche Schiedsstellenverfahren hierzu, so dass mit einer geringen Entlastung beim Erfüllungsaufwand auf Seiten der Kostenträger zu rechnen ist, der aber nicht näher quantifiziert werden kann.

F. Weitere Kosten

Keine.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Berlin, 12. Juni 2015

DIE BUNDESKANZLERIN

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland (Hospiz- und Palliativgesetz - HPG)

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Gesundheit.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist als Anlage 2 beigelegt.

Der Bundesrat hat in seiner 934. Sitzung am 12. Juni 2015 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus Anlage 3 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates wird nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Angela Merkel

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland

(Hospiz- und Palliativgesetz – HPG)

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

Das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2462) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 27 Absatz 1 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:
„Zur Krankenbehandlung gehört auch die palliative Versorgung der Versicherten.“
2. Nach § 37 Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:
„(2a) Die häusliche Krankenpflege nach den Absätzen 1 und 2 umfasst auch die ambulante Palliativversorgung. Für Leistungen der ambulanten Palliativversorgung ist regelmäßig ein begründeter Ausnahmefall im Sinne von Absatz 1 Satz 5 anzunehmen.“
3. § 39a wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden die Wörter „zu 90 vom Hundert, bei Kinderhospizen zu 95 vom Hundert“ durch die Wörter „zu 95 Prozent“ ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter „7 vom Hundert“ durch die Angabe „9 Prozent“ ersetzt.
 - cc) In Satz 5 wird vor dem Punkt am Ende ein Komma und werden die Wörter „zu denen auch eine gesonderte Vereinbarung nach Satz 4 abgeschlossen werden kann“ eingefügt.
 - dd) Nach Satz 5 werden die folgenden Sätze eingefügt:
„In der Vereinbarung nach Satz 4 sind bundesweit geltende Standards zum Leistungsumfang und zur Qualität der zuschussfähigen Leistungen festzulegen. Der besondere Verwaltungsaufwand stationärer Hospize ist dabei zu berücksichtigen. Die Vereinbarung nach Satz 4 ist spätestens bis zum ... [einsetzen: Datum des letzten Tages des zwölften auf die Verkündung folgenden Kalendermonats] und danach mindestens alle vier Jahre zu überprüfen und an aktuelle Versorgungs- und Kostenentwicklungen anzupassen.“
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Satz 1 gilt entsprechend, wenn ambulante Hospizdienste für Versicherte in Krankenhäusern Sterbebegleitung im Auftrag des jeweiligen Krankenhausträgers erbringen.“

- bb) In dem neuen Satz 5 wird das Wort „Personalkosten“ durch die Wörter „Personal- und Sachkosten“ ersetzt.
- cc) In dem neuen Satz 7 wird das Wort „Personalkosten“ durch die Wörter „Personal- und Sachkosten“ ersetzt.
- dd) In dem neuen Satz 9 werden vor dem Wort „ausreichend“ die Wörter „und der ambulanten Hospizarbeit in Pflegeeinrichtungen nach § 72 des Elften Buches“ eingefügt.
- ee) Die folgenden Sätze werden angefügt:

„Es ist sicherzustellen, dass ein bedarfsgerechtes Verhältnis von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern gewährleistet ist, und dass die Förderung zeitnah ab dem Zeitpunkt erfolgt, in dem der ambulante Hospizdienst zuschussfähige Sterbebegleitung leistet. Die Vereinbarung ist spätestens zum ... [einsetzen: Datum des letzten Tages des zwölften auf die Verkündung folgenden Kalendermonats] und danach mindestens alle vier Jahre zu überprüfen und an aktuelle Versorgungs- und Kostenentwicklungen anzupassen.“

4. Nach § 39a wird folgender § 39b eingefügt:

„§ 39b

Hospiz- und Palliativberatung durch die Krankenkassen

Versicherte haben Anspruch auf individuelle Beratung und Hilfestellung durch die Krankenkasse zu den Leistungen der Hospiz- und Palliativversorgung. Der Anspruch umfasst auch die Erstellung einer Übersicht der Ansprechpartner der regional verfügbaren Beratungs- und Versorgungsangebote. Die Krankenkasse leistet bei Bedarf Hilfestellung bei der Kontaktaufnahme und Leistungsanspruchnahme. Die Beratung soll mit der Pflegeberatung nach § 7a des Elften Buches und anderen bereits in Anspruch genommenen Beratungsangeboten abgestimmt werden. Auf Verlangen des Versicherten sind Angehörige und andere Vertrauenspersonen an der Beratung zu beteiligen. Im Auftrag des Versicherten informiert die Krankenkasse die Leistungserbringer und Einrichtungen, die an der Versorgung des Versicherten mitwirken, über die wesentlichen Beratungsinhalte und Hilfestellungen oder händigt dem Versicherten zu diesem Zweck ein entsprechendes Begleitschreiben aus. Maßnahmen nach dieser Vorschrift und die dazu erforderliche Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten dürfen nur mit schriftlicher Einwilligung und nach vorheriger schriftlicher Information des Versicherten erfolgen. Die Einwilligung kann jederzeit schriftlich widerrufen werden. Die Krankenkassen dürfen ihre Aufgaben nach dieser Vorschrift an andere Krankenkassen, deren Verbände oder Arbeitsgemeinschaften übertragen.“

5. § 73 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 13 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

- bb) Folgende Nummer 14 wird angefügt:

„14. Verordnung von spezialisierter ambulanter Palliativversorgung nach § 37b.“

- b) In Satz 2 wird die Angabe „12“ durch die Angabe „14“ ersetzt.

6. § 87 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 1a wird folgender Absatz 1b eingefügt:

„(1b) Die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der Spitzenverband Bund der Krankenkassen vereinbaren im Bundesmantelvertrag erstmals bis spätestens zum ... [einsetzen: Datum des letzten Tages des sechsten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats] die Voraussetzungen für eine besonders qualifizierte und koordinierte palliativ-medizinische Versorgung. Im Bundesmantelvertrag sind insbesondere zu vereinbaren:

1. Inhalte und Ziele der qualifizierten und koordinierten palliativ-medizinischen Versorgung und deren Abgrenzung zu anderen Leistungen,

2. Anforderungen an die Qualifikation der ärztlichen Leistungserbringer,
3. Anforderungen an die Koordination und interprofessionelle Strukturierung der Versorgungsabläufe sowie die aktive Kooperation mit den weiteren an der Palliativversorgung beteiligten Leistungserbringern, Einrichtungen und betreuenden Angehörigen,
4. Maßnahmen zur Sicherung der Versorgungsqualität.

Der Bundesärztekammer und der Bundespsychotherapeutenkammer ist vor Abschluss der Vereinbarung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Stellungnahmen sind in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Auf der Grundlage der Vereinbarung hat der Bewertungsausschuss den einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen nach Absatz 2 Satz 2 zu überprüfen und innerhalb von sechs Monaten nach dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt anzupassen. Der Bewertungsausschuss hat dem Bundesministerium für Gesundheit erstmals bis zum 31. Dezember 2017 und danach jährlich über die Entwicklung der abgerechneten palliativ-medizinischen Leistungen auch in Kombination mit anderen vertragsärztlichen Leistungen, über die Zahl und Qualifikation der ärztlichen Leistungserbringer, über die Versorgungsqualität sowie über die Auswirkungen auf die Verordnung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung zu berichten. Das Bundesministerium für Gesundheit kann das Nähere zum Inhalt des Berichts und zu den dafür erforderlichen Auswertungen bestimmen.“

- b) Dem Absatz 2a wird folgender Satz angefügt:

„Bis spätestens zum 31. Dezember 2015 ist mit Wirkung zum 1. April 2016 eine Regelung zu treffen, nach der die zusätzlichen ärztlichen Kooperations- und Koordinationsleistungen in Kooperationsverträgen, die den Anforderungen nach § 119b Absatz 2 entsprechen, vergütet werden.“

7. § 92 Absatz 7 wird wie folgt geändert:

- a) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

- bb) Folgende Nummer 5 wird angefügt:

„5. Näheres zur Verordnung häuslicher Krankenpflege zur ambulanten Palliativversorgung.“

- b) In Satz 2 werden nach dem Wort „Leistungserbringern“ die Wörter „und zu den Regelungen gemäß Satz 1 Nummer 5 zusätzlich den maßgeblichen Spitzenorganisationen der Hospizarbeit und der Palliativversorgung auf Bundesebene“ eingefügt.

8. § 119b wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „können“ durch das Wort „sollen“ ersetzt.

- b) In Absatz 2 werden die Wörter „bis spätestens 30. September 2013“ gestrichen.

- c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Der Bewertungsausschuss für ärztliche Leistungen evaluiert die mit der Regelung im einheitlichen Bewertungsmaßstab, nach der zusätzliche ärztliche Kooperations- und Koordinationsleistungen in Kooperationsverträgen, die den Anforderungen nach Absatz 2 entsprechen, verbundenen Auswirkungen auf das Versorgungsgeschehen im Bereich der vertragsärztlichen Versorgung einschließlich der finanziellen Auswirkungen auf die Krankenkassen und berichtet der Bundesregierung bis zum 31. Dezember 2017 über die Ergebnisse. Die für die Durchführung der Evaluation erforderlichen Daten sind von den Kassenärztlichen Vereinigungen, den Krankenkassen und den Pflegekassen zu erfassen und jeweils über die Kassenärztliche Bundesvereinigung und den Spitzenverband Bund der Krankenkassen an den Bewertungsausschuss nach Satz 1 zu übermitteln; § 87 Absatz 3f gilt entsprechend.“

9. § 132d wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 1 werden die folgenden Sätze angefügt:

„Im Fall der Nichteinigung wird der Vertragsinhalt durch eine von den Vertragspartnern zu bestimmende unabhängige Schiedsperson festgelegt. Einigen sich die Vertragspartner nicht auf eine Schiedsperson, so wird diese von der für die vertragsschließende Krankenkasse zuständigen Aufsichtsbehörde bestimmt. Die Kosten des Schiedsverfahrens tragen die Vertragspartner zu gleichen Teilen.“

- b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Krankenkassen können Verträge, die eine ambulante Palliativversorgung und die spezialisierte ambulante Palliativversorgung umfassen, auch auf Grundlage der §§ 73b oder 140a abschließen. Die Empfehlungen nach Absatz 2 und die Richtlinien nach § 37b Absatz 3 und § 92 Absatz 7 Satz 1 Nummer 5 gelten entsprechend.“

10. Nach § 132f wird folgender § 132g eingefügt:

„§ 132g

Gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase

(1) Zugelassene Pflegeeinrichtungen in Sinne des § 43 des Elften Buches und Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen können den Versicherten in den Einrichtungen eine gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase anbieten. Versicherte sollen über die medizinisch-pflegerische Versorgung und Betreuung in der letzten Lebensphase beraten werden, und ihnen sollen Hilfen und Angebote der Sterbebegleitung aufgezeigt werden. Im Rahmen einer Fallbesprechung soll nach den individuellen Bedürfnissen des Versicherten insbesondere auf medizinische Abläufe in der letzten Lebensphase und während des Sterbeprozesses eingegangen, sollen mögliche Notfallsituationen besprochen und geeignete einzelne Maßnahmen der palliativ-medizinischen, palliativ-pflegerischen und psychosozialen Versorgung dargestellt werden. Die Fallbesprechung kann bei wesentlicher Änderung des Versorgungs- oder Pflegebedarfs auch mehrfach angeboten werden.

(2) In die Fallbesprechung ist der den Versicherten behandelnde Hausarzt oder sonstige Leistungserbringer der vertragsärztlichen Versorgung nach § 95 Absatz 1 Satz 1 einzubeziehen. Auf Wunsch des Versicherten sind Angehörige und weitere Vertrauenspersonen zu beteiligen. Für mögliche Notfallsituationen soll die erforderliche Übergabe des Versicherten an relevante Rettungsdienste und Krankenhäuser vorbereitet werden. Auch andere regionale Betreuungs- und Versorgungsangebote sollen einbezogen werden, um die umfassende medizinische, pflegerische, hospizliche und seelsorgerische Begleitung nach Maßgabe der individuellen Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase sicherzustellen. Die Einrichtungen nach Absatz 1 Satz 1 können das Beratungsangebot selbst oder in Kooperation mit anderen regionalen Beratungsstellen durchführen.

(3) Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen vereinbart mit den Vereinigungen der Träger der in Absatz 1 Satz 1 genannten Einrichtungen auf Bundesebene erstmals bis zum ... [einsetzen: Datum des letzten Tages des zwölften auf die Verkündung folgenden Kalendermonats] das Nähere über die Inhalte und Anforderungen der Versorgungsplanung nach den Absätzen 1 und 2. Den Kassenärztlichen Bundesvereinigungen, der Deutschen Krankenhausgesellschaft, den für die Wahrnehmung der Interessen der Hospizdienste und stationären Hospize maßgeblichen Spitzenorganisationen, den Verbänden der Pflegeberufe auf Bundesebene, den maßgeblichen Organisationen für die Wahrnehmung der Interessen und der Selbsthilfe der pflegebedürftigen und behinderten Menschen, dem Medizinischen Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen, dem Verband der Privaten Krankenversicherung e. V., der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe sowie der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. § 132d Absatz 1 Satz 3 bis 5 gilt entsprechend.

(4) Die Krankenkasse des Versicherten trägt die notwendigen Kosten für die nach Maßgabe der Vereinbarung nach Absatz 3 erbrachten Leistungen der Einrichtung nach Absatz 1 Satz 1. Die Kosten sind für Leistungseinheiten zu tragen, die die Zahl der benötigten qualifizierten Mitarbeiter und die Zahl der durchgeführten Beratungen berücksichtigen. Das Nähere zu den erstattungsfähigen Kosten und zu der Höhe der

Kostentragung ist in der Vereinbarung nach Absatz 3 zu regeln. Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen regelt für seine Mitglieder das Erstattungsverfahren. Die ärztlichen Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 sind unter Berücksichtigung der Vereinbarung nach Absatz 3 aus der vertragsärztlichen Gesamtvergütung zu vergüten. Sofern diese ärztlichen Leistungen im Rahmen eines Vertrages nach § 132d Absatz 1 erbracht werden, ist deren Vergütung in diesen Verträgen zu vereinbaren.“

11. In § 284 Absatz 1 Satz 1 Nummer 16 werden nach dem Wort „und“ die Wörter „nach § 39b sowie“ eingefügt.

Artikel 2

Weitere Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

§ 87a Absatz 2 Satz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung –, das zuletzt durch Artikel 1 geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„Darüber hinaus können auf der Grundlage von durch den Bewertungsausschuss festzulegenden Kriterien zur Verbesserung der Versorgung der Versicherten, insbesondere in Planungsbereichen, für die Feststellungen nach § 100 Absatz 1 oder Absatz 3 getroffen wurden, Zuschläge auf den Orientierungswert nach § 87 Absatz 2e für besonders förderungswürdige Leistungen sowie für Leistungen von besonders zu fördernden Leistungserbringern vereinbart werden.“

Artikel 3

Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch

Das Elfte Buch Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S. 1014, 1015), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2462) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 28 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Pflege schließt Sterbebegleitung mit ein; Leistungen anderer Sozialleistungsträger bleiben unberührt.“

2. In § 75 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 werden nach den Wörtern „Inhalt der Pflegeleistungen“ die Wörter „einschließlich der Sterbebegleitung“ eingefügt.

3. § 114 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) Satz 6 wird wie folgt gefasst:

„Sie sollen insbesondere auf Folgendes hinweisen:

1. auf den Abschluss und den Inhalt von Kooperationsverträgen oder die Einbindung der Einrichtung in Ärztenetze,
2. auf den Abschluss von Vereinbarungen mit Apotheken sowie
3. ab dem 1. Juli 2016 auf die Zusammenarbeit mit einem Hospiz- und Palliativnetz.“

- b) In Satz 7 wird nach dem Wort „Versorgung“ das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und werden nach dem Wort „Arzneimittelversorgung“ die Wörter „sowie der Zusammenarbeit mit einem Hospiz- und Palliativnetz“ eingefügt.

4. In § 115 Absatz 1b Satz 1 werden nach dem Wort „Arzneimittelversorgung“ die Wörter „und ab dem 1. Juli 2016 die Informationen gemäß § 114 Absatz 1 zur Zusammenarbeit mit einem Hospiz- und Palliativnetz“ eingefügt.

Artikel 4

Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes

In § 17b Absatz 1 Satz 15 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1991 (BGBl. I, S. 886), das zuletzt durch Artikel 16a des Gesetzes vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 886) geändert worden ist, wird vor dem Punkt am Ende ein Semikolon und werden die Wörter „bei Palliativstationen oder -einheiten, die räumlich und organisatorisch abgegrenzt sind und über mindestens fünf Betten verfügen, ist dafür ein schriftlicher Antrag des Krankenhauses ausreichend“ eingefügt.

Artikel 5

Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Artikel 2 tritt am 1. April 2016 in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Schwerkranke und sterbende Menschen benötigen in ihrer letzten Lebensphase die bestmögliche menschliche Zuwendung, Versorgung, Pflege und Betreuung. Dies erfordert eine gezielte Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland. Zwar sind in den letzten Jahren beim Auf- und Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung bereits erhebliche Fortschritte erzielt worden. Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen fehlt es jedoch noch an ausreichenden Angeboten. Ziel des Gesetzes ist deshalb, durch Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung in ganz Deutschland ein flächendeckendes Angebot zu verwirklichen, damit alle Menschen an den Orten, an denen sie ihre letzte Lebensphase verbringen, auch im Sterben gut versorgt und begleitet sind.

In der Regelversorgung sind die Vernetzung von medizinischer und pflegerischer Versorgung sowie hospizlicher Begleitung und die Kooperationen zwischen den verschiedenen Leistungserbringern noch zu wenig ausgeprägt. Da der Hilfebedarf schwerkranker und sterbender Menschen von Fall zu Fall unterschiedlich ist und sich auch im Verlauf der letzten Lebensphase verändert, ist eine vernetzte Versorgung wichtig, die ein reibungsloses Ineinandergreifen verschiedener Hilfsangebote gewährleistet. Neue und bereits bestehende Angebote sollen deshalb stärker ineinandergreifen, damit schwerkranke und sterbende Menschen entsprechend ihren individuellen Wünschen und Bedürfnissen versorgt und betreut werden.

In stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, in denen viele Menschen ihre letzte Lebensphase verbringen, gilt es, die Hospizkultur und Palliativversorgung insgesamt weiter zu stärken.

Das Gesetz sieht Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung, in der sozialen Pflegeversicherung und im Krankenhauswesen vor. Die Maßnahmen zielen darauf ab

- in strukturschwachen und ländlichen Regionen die Palliativversorgung weiter auszubauen und die Hospizbewegung zu unterstützen,
- die Vernetzung von Angeboten der medizinischen und pflegerischen Versorgung sowie der hospizlichen Begleitung sicherzustellen und die Kooperation der daran beteiligten Leistungserbringer zu gewährleisten,
- die Palliativversorgung als Teil der Regelversorgung in der haus- und fachärztlichen Versorgung sowie im Rahmen der häuslichen Krankenpflege zu verankern und die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) flächendeckend zu verbreiten,
- die finanzielle Förderung stationärer Kinder- und Erwachsenen hospize sowie ambulanter Hospizdienste zu verbessern,
- die Palliativversorgung und Hospizkultur in stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern zu stärken sowie
- die Versicherten gezielt über bestehende Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung zu informieren und Pflegeheimbewohnern eine individuelle Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase zu ermöglichen.

II. Wesentlicher Inhalt des Gesetzes

Mit dem Gesetz wird die flächendeckende Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland durch gezielte Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung gestärkt. Es werden An-

reize zum weiteren Auf- und Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung gesetzt und die Kooperation und Vernetzung in den relevanten Versorgungsbereichen gefördert. Die Versicherten werden besser über Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung informiert, damit die letzte Lebensphase selbstbestimmt und bestmöglich begleitet verbracht werden kann.

Schwerpunkte des Gesetzes sind:

1. Verbesserung der ambulanten Palliativversorgung und Förderung der Vernetzung in der Regelversorgung

Die ambulante Palliativversorgung sowie die Vernetzung unterschiedlicher Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung werden gestärkt. Im vertragsärztlichen Bereich werden zusätzlich vergütete Leistungen eingeführt, die insbesondere die Qualität der Versorgung erhöhen und Kooperationen zwischen den Anbietern und mit den weiteren an der Versorgung Beteiligten sowie die aktive Koordination der Versorgungsleistungen befördern sollen. Ärztinnen und Ärzte, die zusätzliche Leistungen erbringen, müssen besondere Qualifikationsanforderungen erfüllen und sich an der Netzwerkarbeit oder einem gemeinsamen Fallmanagement mit anderen Leistungserbringern beteiligen (wie den ambulanten Hospiz- und Palliativdiensten oder den stationären Hospizen und Pflegeheimen).

Die gemeinsame Selbstverwaltung erarbeitet hierzu in den entsprechenden Gremien konkretisierende Vorgaben für die besonders qualifizierte und koordinierte Leistungserbringung. Dabei wird auf den bereits bestehenden Abrechnungsmöglichkeiten der palliativ-medizinischen Ersterhebung des Patientenstatus und der palliativ-medizinischen Betreuung im hausärztlichen Versorgungsbereich aufgebaut. Diese bilden die Grundlage für weitere spezifische Leistungen, die insbesondere auf Vernetzung, Kooperation und Koordination ausgerichtet sind und damit über den bisherigen regelhaften Leistungsanspruch in der vertragsärztlichen Versorgung hinausgehen. Die Finanzierung erfolgt durch die gesetzlichen Krankenkassen zunächst außerhalb der morbiditätsbedingten Gesamtvergütung.

2. Stärkung der Palliativpflege

Die häusliche Krankenpflege ist in der ambulanten Palliativversorgung von Menschen, die ihre letzte Lebensphase in der häuslichen Umgebung verbringen, von erheblicher Bedeutung. Dies findet bislang im Rahmen des Anspruchs auf häusliche Krankenpflege keine ausdrückliche Erwähnung. Auch fehlen bisher in der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Verordnung häuslicher Krankenpflege entsprechende Hinweise. Deshalb wird der Leistungsanspruch der häuslichen Krankenpflege im Hinblick auf ambulante Palliativversorgung gesetzlich klargestellt und der Gemeinsame Bundesausschuss beauftragt, für den Bereich der Palliativpflege konkrete Festlegungen zu den Versorgungsanforderungen zu treffen. Diese sollen auch Regelungen zur Zusammenarbeit der Akteure an den Schnittstellen der hospizlichen und palliativen Versorgung umfassen und die besonderen Belange von Kindern berücksichtigen. Durch die Konkretisierung behandlungspflegerischer Maßnahmen und Leistungen der Palliativpflege wird deren Bedeutung in der Regelversorgung weiter gestärkt und gleichzeitig die qualifizierte und koordinierte Versorgung gesichert.

3. Erleichterungen für die spezialisierte ambulante Palliativversorgung

Die vertragliche Umsetzung der SAPV wird erleichtert, um insbesondere im ländlichen Raum den weiteren Aufbau entsprechender Strukturen zu fördern. Durch die Einführung eines gesetzlichen Schiedsverfahrens werden Vereinbarungen auch in streitigen Vertragsverhandlungen erleichtert und im Konfliktfall zeitnahe Lösungen ermöglicht. Zudem wird klargestellt, dass die spezialisierte ambulante Palliativversorgung auch gemeinsam mit der allgemeinen ambulanten Palliativversorgung in Selektivverträgen geregelt werden kann. Dies sichert zum einen den Fortgeltung der Verträge zur Palliativversorgung, die bereits vor gesetzlicher Einführung der besonderen spezialisierten ambulanten Palliativversorgung abgeschlossen wurden. Zum anderen trägt dies dazu bei, Schnittstellenprobleme zwischen allgemeiner und spezialisierter ambulanter Palliativversorgung zu überwinden und den Vertragspartnern mehr Gestaltungsspielraum zu geben.

4. Stärkung der stationären Hospizversorgung und der ambulanten Hospizarbeit

Stationäre Hospize werden weiter gefördert, indem deren finanzielle Ausstattung deutlich verbessert wird. Krankenkassen tragen künftig bei stationären Hospizen für Erwachsene 95 Prozent statt der bisherigen 90 Prozent der zuschussfähigen Kosten unter Anrechnung von Leistungen der Pflegeversicherung, wie dies bereits bei stationären Kinderhospizen gilt. Der kalendertägliche Mindestzuschuss der Krankenkassen zur stationären Hos-

pizversorgung wird darüber hinaus von sieben auf neun Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) erhöht. Dies sorgt auch für eine Angleichung noch bestehender regionaler Vergütungsunterschiede.

Den Partnern der Rahmenvereinbarung nach § 39a Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) über Art und Umfang sowie die Sicherung der Qualität der stationären Hospizversorgung wird aufgetragen, die Rahmenvereinbarung an aktuelle Versorgungs- und Kostenentwicklungen anzupassen und Standards zu Leistungsumfang und Qualität der zuschussfähigen Leistungen zu vereinbaren. Insbesondere dem erhöhten Verwaltungsaufwand stationärer Hospize wird dabei Rechnung getragen. Dies dient zugleich der Verringerung regionaler Unterschiede bei der finanziellen Förderung stationärer Hospizarbeit und beseitigt Rechtsunsicherheiten über Inhalt und Umfang der zuschussfähigen Kosten. Für Kinderhospize sind eigene Rahmenvereinbarungen möglich, die den Besonderheiten kindlicher und familiärer Betreuung Rechnung tragen.

Daneben wird die ambulante Hospizarbeit, deren praktische Bedeutung stetig wächst, weiter gestärkt und es werden verschiedene noch bestehende Hemmnisse beseitigt. Bei der Förderung durch die Krankenkassen werden neben den Personalkosten zukünftig auch die Sachkosten angemessen berücksichtigt. Die Partner der Rahmenvereinbarung nach § 39a Absatz 2 SGB V zu den Voraussetzungen der Förderung sowie zu Inhalt, Qualität und Umfang der ambulanten Hospizarbeit haben sicherzustellen, dass ambulante Hospizdienste zeitnah zu dem Zeitpunkt, zu dem sie Sterbebegleitungen leisten, von den Krankenkassen auch finanziell gefördert werden, und dass das Verhältnis von ehrenamtlichen zu hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den aktuellen Versorgungsanforderungen entspricht. Auch die Rahmenvereinbarung zur Förderung ambulanter Hospizarbeit ist künftig regelmäßig an aktuelle Versorgungs- und Kostenentwicklungen anzupassen.

Um in stationären Pflegeeinrichtungen die bereits bestehende Möglichkeit zu fördern, Hospizdienste in der Sterbebegleitung mit einzubeziehen, werden die Partner der Rahmenvereinbarung darüber hinaus verpflichtet, die ambulante Hospizarbeit in vollstationären Pflegeeinrichtungen bei den Vereinbarungen besonders zu berücksichtigen. Die Vernetzung verschiedener Angebote zur Hospiz- und Palliativversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen soll von den Vertragspartnern sichergestellt werden.

Daneben können auch Krankenhäuser die ambulanten Hospizdienste, die von den Krankenkassen gefördert werden, mit der Sterbebegleitung der Versicherten beauftragen, die ihre letzte Lebensphase dort verbringen.

5. Einführung eines Anspruchs auf Beratung und Hilfestellung

Damit Versicherte in ihrer letzten Lebensphase die Versorgung und Begleitung erhalten, die sie benötigen und wünschen, wird ein ausdrücklicher Leistungsanspruch auf individuelle Beratung und Hilfestellung durch die gesetzlichen Krankenkassen bei der Auswahl und Inanspruchnahme von Leistungen der Palliativ- und Hospizversorgung geschaffen. Der Anspruch beinhaltet die Information über die regional verfügbaren Beratungs- und Versorgungsangebote sowie deren Ansprechpartner und ggf. Hilfestellung bei der Kontaktaufnahme. Die Krankenkassen haben sich dabei mit anderen Beratungsstellen (z. B. kommunalen Servicestellen oder auch der Pflegeberatung) sowie den an der Versorgung beteiligten Leistungserbringern abzustimmen, damit es nicht aufgrund von Informationsdefiziten zu Versorgungs- und Betreuungslücken kommen kann.

6. Förderung der Hospizkultur in stationären Pflegeeinrichtungen

In stationären Pflegeeinrichtungen werden Hospizkultur und Palliativversorgung weiter verbessert. Es wird klargestellt, dass pflegerische Maßnahmen der Sterbebegleitung zu einer Pflege nach dem allgemein anerkannten Stand medizinisch-pflegerischer Erkenntnisse in stationärer und ambulanter Pflege im Sinne des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) dazu gehören. Die Bedeutung von Sterbebegleitung wird auch durch ausdrückliche Benennung in den gesetzlichen Vorgaben zu den für die Pflegeeinrichtungen geltenden Rahmenverträgen auf Landesebene betont.

Derzeit sind vollstationäre Pflegeeinrichtungen gesetzlich verpflichtet, den Landesverbänden der Pflegekassen zum Zweck der Veröffentlichung in den Transparenzberichten mitzuteilen, wie die ärztliche, fachärztliche und zahnärztliche Versorgung sowie die Arzneimittelversorgung in der Einrichtung geregelt sind. Um die Vernetzung und Zusammenarbeit aller Beteiligten zu stärken und auch die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen besser zu informieren, werden diese Mitteilungspflichten um die Pflicht der Mitteilung zur Zusammenarbeit mit einem Hospiz- und Palliativnetz erweitert.

7. Verbesserung der ärztlichen Versorgung in vollstationären Pflegeeinrichtungen

Die ärztliche Versorgung in vollstationären Pflegeeinrichtungen wird dadurch verbessert, dass stationäre Pflegeeinrichtungen künftig Kooperationsvereinbarungen mit vertragsärztlichen Leistungserbringern abschließen sollen. Dies war bisher lediglich als gesetzliche Möglichkeit vorgesehen ("Kann"-Regelung in § 119b Absatz 1 SGB V). Zugleich wird die Teilnahme von Vertragsärztinnen und -ärzten an solchen Kooperationsverträgen finanziell gefördert. Ziel ist, dass vollstationäre Pflegeeinrichtungen eine koordinierte Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft gewährleisten, um die palliativ-medizinische Versorgung in den Einrichtungen zu verbessern.

Künftig wird für die Teilnahme von Vertragsärzten an Kooperationsverträgen eine unbefristete und obligatorische Vergütung im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen aufgenommen. Hierzu wird auf die am 1. Januar 2014 in Kraft getretene Anlage zum Bundesmantelvertrag abgestellt, die die zwischen den vollstationären Pflegeeinrichtungen und den Vertragsärzten in Kooperationsverträgen zu regelnden Vertragsinhalte beinhaltet. Die Finanzierung erfolgt durch die gesetzlichen Krankenkassen zunächst außerhalb der morbiditätsbedingten Gesamtvergütung.

8. Anreize für ein individuelles, ganzheitliches Beratungsangebot

Vollstationäre Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sollen Beratungsangebote machen, um Ängste der Bewohnerinnen und Bewohner vor dem Sterben zu mindern und ihre Selbstbestimmung in der letzten Lebensphase zu stärken. Konkret werden finanzielle Anreize dafür gesetzt, dass die Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ein individuelles und ganzheitliches Beratungsangebot vorhalten und in Kooperation mit anderen Versorgern und Leistungserbringern organisieren. Ein solches individuelles Beratungsangebot zur gesundheitlichen Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase soll auf Wunsch und Willen des Pflegebedürftigen im Rahmen einer umfassenden Fallbesprechung insbesondere auf medizinische Abläufe eingehen, Notfallszenarien thematisieren sowie Hilfen und Angebote zur palliativ-medizinischen und palliativ-pflegerischen Versorgung sowie psychosozialen Begleitung während des Sterbeprozesses unter möglicher Hinzuziehung der Angehörigen und anderer Vertrauenspersonen aufzeigen. Durch Abstimmung und Kooperation mit den umliegenden regionalen Versorgungsangeboten ist sicherzustellen, dass eine umfassende medizinische, pflegerische und hospizliche Betreuung entsprechend der individuellen Versorgungsplanung gewährleistet wird.

Die konkrete Ausgestaltung des Beratungsangebotes bleibt den vollstationären Pflegeeinrichtungen und den Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen überlassen. Sie können es mit qualifiziertem Personal selbst oder in Kooperation mit anderen regionalen Beratungsstellen organisieren (z. B. ambulanten Hospizdiensten oder Palliativ-Teams). Anforderungen und Inhalte des Beratungsangebotes werden einheitlich in einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen und den die Interessen vollstationärer Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe vertretenden maßgeblichen Organisationen auf Bundesebene vereinbart. Das Beratungsangebot wird von den gesetzlichen Krankenkassen finanziert. In der Rahmenvereinbarung ist auch zu regeln, für welche Beratungs- und Koordinationsleistungen zur individuellen Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten der teilnehmenden vollstationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe tragen.

9. Förderung von Palliativstationen in Krankenhäusern

Zur Förderung von Palliativstationen wird die Option zur Verhandlung von krankenhausindividuellen Entgelten anstelle von bundesweit kalkulierten pauschalierten Entgelten gestärkt. Dazu wird für besondere Einrichtungen gesetzlich eine einseitige Erklärung des Krankenhauses auf Ausnahme von der DRG-Vergütung ermöglicht. Diese Regelung ersetzt die in der Vereinbarung der Selbstverwaltungspartner zur Bestimmung von besonderen Einrichtungen bereits vorgesehene schiedsstellenfähige Vereinbarungslösung, besondere Einrichtungen auf Antrag der Krankenhäuser aus der Anwendung der DRG-Vergütung auszunehmen.

III. Alternativen

Keine.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Artikel 1 bis 3 folgt aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 12 des Grundgesetzes (Sozialversicherung).

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die vorgesehenen Änderungen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) in Artikel 4 folgt aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 19a des Grundgesetzes. Eine bundesgesetzliche Regelung ist zur Wahrung der Wirtschaftseinheit und der Rechtssicherheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich. Das Vergütungssystem für die Finanzierung der Krankenhäuser ist bundesweit einheitlich geregelt. Änderungen an diesem System, zu dem auch die allgemeinen Regeln über die Möglichkeit zur Vereinbarung krankenhausespezifischer Entgelte gehören, sind folglich ebenfalls einheitlich vorzunehmen. Die Notwendigkeit einer bundesgesetzlichen Regelung gilt im Interesse der Absicherung einheitlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für die stationäre Versorgung der Bevölkerung und betrifft alle Regelungen, die für die Krankenhäuser finanzielle Wirkungen haben.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Das Gesetz ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Das Gesetz beschränkt sich auf die für die weitere Förderung der Hospiz- und Palliativversorgung wesentlichen Regelungen und überlässt die Bestimmung näherer Einzelheiten der Versorgung den daran beteiligten Selbstverwaltungspartnern, soweit sie durch gesamt- oder einzelvertragliche Vereinbarungen sicherstellt werden kann. Eine darüber hinausgehende Rechts- und Verwaltungsvereinfachung ist nicht vorgesehen.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Das Gesetz steht im Einklang mit dem Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung hinsichtlich der Lebensqualität und Gesundheit sowie des sozialen Zusammenhalts der Bürgerinnen und Bürger im Sinne der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Das Gesetz zielt auf eine koordinierte und flächendeckende medizinische, pflegerische und psychosoziale Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen. Die bedarfsgerechte und an den Wünschen und Bedürfnissen der Betroffenen orientierte palliative Versorgung und die Sterbebegleitung können gesundheitliche Leiden oder Ängste vor dem Sterben mindern und die Lebensqualität in der letzten Lebensphase erhöhen. Die Stärkung der Hospizbewegung, die Koordinierung der verschiedenen palliativen und hospizlichen Hilfsangebote und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen behandelnden Ärzten, betreuenden Pflegekräften und Palliativ-Teams, Hospiz- und Pflegeeinrichtungen, Notdiensten und kommunalen Servicestellen sowie die Einbeziehung der Angehörigen und anderer Vertrauenspersonen in die Beratung und Betreuung der Betroffenen dienen zudem dem sozialen Zusammenhalt. Eine ausgeprägte Hospiz- und Palliativkultur an den Orten, an denen Menschen ihre letzte Lebensphase verbringen, beugt einer sozialen Ausgrenzung schwerstkranker und sterbender Menschen vor.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

(1) Krankenkassen-Beratung

Keine.

(2) Hospiz-Förderung

Durch Erhöhung des Mindestzuschusses für stationäre Hospize von sieben auf neun Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV entstehen im Jahr 2016 Mehrausgaben für die gesetzliche Kranken-

versicherung in Höhe von etwa 13 Millionen Euro. Die jährlichen Mehrausgaben in den Folgejahren verändern sich gemäß der prozentualen Veränderung der Bezugsgröße.

Durch Erhöhung des Zuschusses zu den zuschussfähigen Kosten für stationäre Hospize für Erwachsene von 90 auf 95 Prozent entstehen jährliche Mehrausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung in Höhe von etwa 4 Millionen Euro. Bei der Buchung der Zuschusskosten wird nicht nach Erwachsenen und Kindern unterschieden. 2013 übernahmen die Krankenkassen rund 85 Millionen Euro. Es wird unterstellt, dass davon ein Anteil zwischen 75 und 95 Prozent auf erwachsene Versicherte entfällt.

Es ist zu berücksichtigen, dass der Mindestzuschuss auf die Zuschüsse zu den zuschussfähigen Kosten anrechnet wird. Die derzeitigen Zuschüsse zu den zuschussfähigen Kosten für stationäre Hospize liegen überwiegend über dem Mindestzuschuss.

Die zusätzliche Berücksichtigung der Sachkosten neben den Personalkosten bei der Förderung der ambulanten Hospizdienste führt zu jährlichen Mehrausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung in Höhe eines einstelligen Millionenbetrags.

(3) Vertragsärztliche Versorgung

Durch die zusätzliche Förderung nach § 87 Absatz 1b SGB V für eine besondere Qualifikation in der vertragsärztlichen Palliativversorgung, die interprofessionelle Strukturierung der Versorgungsabläufe sowie die aktive Kooperation mit weiteren an der Versorgung Beteiligten könnten bei einer entsprechenden Beschlussfassung des Bewertungsausschusses jährliche Mehrausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung in Höhe eines unteren mittleren zweistelligen Millionenbetrages entstehen.

Auch durch die Stärkung der kooperativen und koordinierten ärztlichen Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen gemäß § 119b SGB V und dem damit verbundenen Auftrag an den Bewertungsausschuss, Regelungen im Bereich der vertragsärztlichen Vergütung (vgl. § 87 Absatz 2a SGB V) zu treffen, könnten sich jährliche Mehrausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung in Höhe eines mittleren bis höheren zweistelligen Millionenbetrages ergeben.

Zusätzliche jährliche Mehrausgaben in Höhe eines mittleren zweistelligen Millionenbetrages sind durch die Vergütung der ärztlichen Beteiligung an der Beratung in Pflegeeinrichtungen nach § 132g SGB V zu erwarten.

(4) HKP-Richtlinie

Die gesetzliche Klarstellung des Leistungsanspruchs der häuslichen Krankenpflege im Hinblick auf ambulante Palliativversorgung und die Änderungen der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Verordnung häuslicher Krankenpflege führen je nach Anpassungsbedarf zu jährlichen, derzeit nicht quantifizierbaren Mehrausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung in diesem Leistungsbereich.

(5) SAPV

Die Erleichterungen zum Vertragsschluss über die allgemeine und spezialisierte ambulante Palliativversorgung können auf Grund vermehrter Vertragsschlüsse zu jährlichen, derzeit nicht quantifizierbaren Mehrausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung in diesem Leistungsbereich führen.

(6) Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase

Stellen vollstationäre Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen entsprechende Beratungsangebote für die Versicherten bereit, deren Kosten durch die gesetzlichen Krankenkassen erstattet werden, ergibt sich ein jährlicher finanzieller Mehraufwand für die gesetzliche Krankenversicherung in Höhe eines unteren mittleren zweistelligen Millionenbetrages. In den Folgejahren ist auf Grund des anzunehmenden Ausbaus des Angebots zunächst von einer Verdoppelung der Kosten auszugehen. Diese Prognose beruht auf der Annahme, dass anfangs etwa die Hälfte der vollstationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe ein Beratungsangebot einrichten und hierfür pro 50 Bewohnern ein zusätzlicher (bei Erstgespräch größerer, dann abnehmender) mittlerer Personalbedarf von ca. 1/8 Stelle benötigt wird. Ob in der Folgezeit darüber hinaus zusätzlicher finanzieller Aufwand entsteht, hängt von der weiteren Entwicklung des Leistungsgeschehens ab, insbesondere ob und inwieweit die stationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe das Beratungsangebot ausbauen.

Für die jährlichen Mehrausgaben durch die Vergütung der ärztlichen Beratung im Rahmen der Fallbesprechung in den Pflegeeinrichtungen gilt das unter Punkt (3) Gesagte.

Die genauen jährlichen Mehrausgaben hängen maßgeblich von den Erstattungsvereinbarungen des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen mit den Interessenverbänden der Pflegeeinrichtungen ab.

(7) SGB XI-Regelungen

Keine.

(8) KHG-Regelung

Ob und inwieweit durch die gestärkte Option zur Verhandlung krankenhausesindividueller Entgelte für Palliativstationen oder -einheiten jährliche Mehrausgaben entstehen, ist abhängig von den krankenhausesindividuellen Verhandlungsergebnissen und damit grundsätzlich nicht vorhersehbar.

Globale Mehr- und Minderausgaben:

Diesen Mehrausgaben können Minderausgaben aufgrund einer verbesserten Koordinierung der ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativversorgung gegenüberstehen. Das betrifft etwa die Vermeidung unnötiger Krankenhausaufenthalte und Krankentransporte, unnötiger Mehrfachmedikation oder Doppeluntersuchungen. Diese Effekte sind allerdings mittelbarer Natur und nicht konkret quantifizierbar.

Vorbehaltlich der Einschätzung, dass die mit den Maßnahmen dieses Gesetzes verbundenen Be- und Entlastungen für die gesetzliche Krankenversicherung aufgrund dezentraler Entscheidungsfindungen im Gesundheitswesen und schwer prognostizierbarer Verhandlungsergebnisse der Selbstverwaltungspartner sowie Verhaltensanpassungen oft nicht näher quantifizierbar sind, könnte die jährliche Mehrbelastung der gesetzlichen Krankenversicherung durch das Gesetz insgesamt bei voller Jahreswirkung einen unteren bis mittleren dreistelligen Millionenbetrag betragen.

4. Erfüllungsaufwand

a) Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein Erfüllungsaufwand.

b) Wirtschaft

(1) Krankenkassen-Beratung

Keiner.

(2) Hospiz-Förderung

Die regelmäßige Anpassung der Vereinbarungen der Vertragspartner auf Bundesebene über die stationären und ambulanten Hospizleistungen alle vier Jahre führt zu einem wiederkehrenden geringfügigen Erfüllungsaufwand für die maßgeblichen Spitzenorganisationen der stationären Hospize und ambulanten Hospizdienste als Vertragspartner.

(3) Vertragsärztliche Versorgung

Keiner.

(4) HKP-Richtlinie

Bei den maßgeblichen Spitzenorganisationen der Hospizarbeit und der Palliativversorgung entsteht durch die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Regelungen der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) zur Verordnung häuslicher Krankenpflege (§ 92 Absatz 7 SGB V) ein einmaliger geringer, nicht quantifizierbarer Erfüllungsaufwand.

(5) SAPV

Für etwaige Schiedsverfahren entstehen nicht quantifizierbare geringfügige Kosten für die Vertragspartner der gesetzlichen Krankenkassen.

(6) Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase

Die Kosten der fakultativen Beratungsangebote der vollstationären Pflegeeinrichtungen und der Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zur Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase werden von den gesetzlichen Krankenkassen erstattet. Der jährliche Erfüllungsaufwand der Pflegeeinrichtungen entspricht daher den jährlichen Haushaltsausgaben der Krankenkassen ohne Erfüllungsaufwand.

Mit der Regelung in § 132g Absatz 2 und 3 SGB V entsteht einmaliger, nicht quantifizierbarer Erfüllungsaufwand bei den Vereinigungen der Träger der vollstationären Pflegeeinrichtungen und der Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen auf Bundesebene für die Vereinbarung der Inhalte und Anforderungen der Versorgungsplanung nach § 132g Absatz 1 SGB V mit dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen. Im Falle eines etwaigen Schiedsverfahrens entstehen einmalig nicht quantifizierbare geringfügige Zusatzkosten. Bei den stellungnahmeberechtigten Organisationen entsteht einmaliger geringer, nicht quantifizierbarer Erfüllungsaufwand.

(7) SGB XI-Regelungen

In den Rahmenverträgen (ambulante, teilstationäre und vollstationäre Pflege) ist die leistungsrechtliche Klarstellung im Hinblick auf die Sterbebegleitung mittels Überprüfung und Anpassung nachzuvollziehen (§ 75 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 SGB XI). Die entsprechende Überprüfung und Anpassung der Landesrahmenverträge führt für die Vereinigungen der Träger der Pflegeeinrichtungen zu einem einmaligen Umstellungsaufwand von rund 72 000 Euro.

(8) KHG-Regelung

Soweit die Vereinbarung krankenhausindividueller Entgelte für Palliativstationen oder -einheiten durch einseitige Erklärung der Krankenhäuser erfolgt, entfallen bisher mögliche Schiedsstellenverfahren hierzu, so dass mit einer geringen Entlastung beim Erfüllungsaufwand auf Seiten der Krankenhäuser zu rechnen ist, der aber nicht näher quantifiziert werden kann.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten:

Die vollstationären Pflegeeinrichtungen werden verpflichtet, darüber zu informieren, wie sie ab dem 1. Juli 2016 auch die Zusammenarbeit mit einem Hospiz- und Palliativnetz regeln (§ 114 Absatz 1 SGB XI). Diese Mitteilungspflicht der ca. 10 700 vollstationären Pflegeeinrichtungen führt zu einem jährlichen Aufwand von 30 400 Euro.

c) Verwaltung

(1) Krankenkassen-Beratung

Der personelle und sachliche Erfüllungsaufwand der gesetzlichen Krankenkassen für die Beratung der Versicherten und Hilfestellung bei der Inanspruchnahme gesetzlicher Versorgungsleistungen ist im Rahmen der bestehenden Haushaltsansätze zu tragen.

(2) Hospiz-Förderung

Die regelmäßige Anpassung der Vereinbarungen der Vertragspartner auf Bundesebene über die stationären und ambulanten Hospizleistungen alle vier Jahre führt zu einem wiederkehrenden geringfügigen Erfüllungsaufwand für den Spitzenverband Bund der Krankenkassen als Vertragspartner.

(3) Vertragsärztliche Versorgung

Mit der Regelung in § 87 Absatz 1b SGB V entsteht einmaliger quantifizierbarer Erfüllungsaufwand bei der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen für die Regelungen im Bundesmantelvertrag über die qualifizierte und koordinierte Palliativversorgung und die entsprechende Überprüfung sowie die Beschlussfassung im Bewertungsausschuss in Höhe von insgesamt rund 10 000 Euro. Bei der Bundesärztekammer und der Bundespsychotherapeutenkammer entstehen durch die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Regelungen im Bundesmantelvertrag ein einmaliger geringer, nicht quantifizierbarer Erfüllungsaufwand.

Beim Bewertungsausschuss entsteht durch die Berichtspflicht in § 87 Absatz 1b SGB V ab dem 31. Dezember 2017 jährlicher Erfüllungsaufwand von wenigen tausend Euro.

Durch den Auftrag an den Bewertungsausschuss, Regelungen der vertragsärztlichen Vergütung im Rahmen von Kooperationsverträgen zu treffen (§ 87 Absatz 2a SGB V), entsteht ein einmaliger Erfüllungsaufwand bei der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen in Höhe von insgesamt rund 10 000 Euro.

Beim Bewertungsausschuss entsteht durch die Berichtspflicht nach § 119b Absatz 3 SGB V bis zum 31. Dezember 2017 ein einmaliger Erfüllungsaufwand von wenigen tausend Euro.

Für den Bund (Bundesministerium für Gesundheit) entsteht durch die aufsichtsrechtliche Prüfung der Beschlüsse zur Anpassung des einheitlichen Bewertungsmaßstabes (§ 87 Absatz 1b und 2a SGB V) jeweils ein einmaliger geringer Erfüllungsaufwand. Mehrbedarfe an Sach- und Personalmitteln werden finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen.

(4) HKP-Richtlinie

Die Anpassung der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Verordnung häuslicher Krankenpflege (§ 92 Absatz 7 SGB V) führt zu einem einmaligen geringfügigen Erfüllungsaufwand.

Für den Bund (Bundesministerium für Gesundheit) entsteht durch die aufsichtsrechtliche Prüfung der Beschlüsse des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Anpassung der Richtlinie zur Verordnung häuslicher Krankenpflege (§ 92 Absatz 7 SGB V) ein einmaliger geringer Erfüllungsaufwand. Mehrbedarfe an Sach- und Personalmitteln werden finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen.

(5) SAPV

Für etwaige Schiedsverfahren entstehen nicht quantifizierbare geringfügige Kosten für die gesetzlichen Krankenkassen.

Im Fall der Nichteinigung der Vertragsparteien auf eine Schiedsperson nach § 132d Absatz 1 SGB V kann der jeweiligen Aufsichtsbehörde des Bundes (Bundesversicherungsamt) oder des Landes über die vertragsschließende bundes- oder landesunmittelbare Krankenkasse ein geringer Erfüllungsaufwand zur Bestimmung einer Schiedsperson entstehen.

(6) Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase

Mit der Regelung in § 132g Absatz 2 und 3 SGB V entsteht einmaliger, nicht quantifizierbarer Erfüllungsaufwand beim Spitzenverband Bund der Krankenkassen für die Vereinbarung der Inhalte und Anforderungen der Versorgungsplanung nach § 132g Absatz 1 SGB V mit den Vereinigungen der Träger der vollstationären Pflegeeinrichtungen und der Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen auf Bundesebene. Im Falle eines etwaigen Schiedsverfahrens entstehen einmalig nicht quantifizierbare geringfügige Zusatzkosten. Bei den stellungnahmeberechtigten Organisationen entsteht einmaliger geringer nicht quantifizierbarer Erfüllungsaufwand.

Ebenso wie (5), da Regelungen zum Schiedsverfahren entsprechend gelten. Aufsichtsbehörde über den Spitzenverband Bund der Krankenkassen ist das Bundesministerium für Gesundheit.

(7) SGB XI-Regelungen

In den Rahmenverträgen (ambulante, teilstationäre und vollstationäre Pflege) ist die leistungsrechtliche Klarstellung im Hinblick auf die Sterbebegleitung mittels Überprüfung und Anpassung nachzuvollziehen (§ 75 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 SGB XI). Die entsprechende Überprüfung und Anpassung der Landesrahmenverträge führt zu einem einmaligen Umstellungsaufwand von rund 45 000 Euro.

Die Landesverbände der Pflegekassen stellen sicher, dass ab dem 1. Juli 2016 auch die Informationen zur Zusammenarbeit mit einem Hospiz- und Palliativnetz für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen verständlich, übersichtlich und vergleichbar sowohl im Internet als auch in anderer geeigneter Form kostenfrei zur Verfügung gestellt werden (§ 115 Absatz 1a SGB XI). Das führt zu einem jährlichen Aufwand von 34 800 Euro.

(8) KHG-Regelung

Soweit die Vereinbarung krankenhausesindividueller Entgelte für Palliativstationen oder -einheiten durch einseitige Erklärung der Krankenhäuser erfolgt, entfallen bisher mögliche Schiedsstellenverfahren hierzu, so dass mit einer geringen Entlastung beim Erfüllungsaufwand auf Seiten der Kostenträger zu rechnen ist, der aber nicht näher quantifiziert werden kann.

5. Weitere Kosten

Kosten, die über die oben aufgeführten Kosten für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme und den genannten Erfüllungsaufwand hinausgehen, entstehen durch das Gesetz nicht. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Auswirkungen von gleichstellungspolitischer Bedeutung sind nicht zu erwarten, weil die Regelungen des Gesetzes nicht auf spezifische Lebenssituationen von Frauen oder Männern zielen. Beide sind von den Regelungen des Gesetzes in gleicher Weise betroffen. In der Praxis werden derzeit mehr Frauen als Männer in ihrer letzten Lebensphase palliativ versorgt (aus verschiedenen versorgungsrelevanten Gründen, z. B. wegen der höheren Lebenserwartung). In den Pflegeberufen sowie im hospizlichen Ehrenamt sind überwiegend Frauen tätig.

Auswirkungen auf die demografische Entwicklung ergeben sich aus den im Gesetz vorgesehenen Änderungen nicht.

VII. Befristung; Evaluation

Eine Befristung der Regelungen ist nicht vorgesehen.

Eine Evaluation erfolgt insoweit, als der Bewertungsausschuss dem Bundesministerium für Gesundheit nach § 87 Absatz 1b SGB V erstmals bis zum 31. Dezember 2017 und danach jährlich über die Entwicklung der abgerechneten palliativ-medizinischen Leistungen, die Zahl und Qualifikation der Leistungserbringer, die Versorgungsqualität und die Auswirkungen auf die Verordnung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung zu berichten hat.

Der Bewertungsausschuss evaluiert nach § 119b Absatz 3 SGB V außerdem die mit der Regelung im einheitlichen Bewertungsmaßstab nach § 87 Absatz 2a SGB V verbundenen Auswirkungen auf das Versorgungsgeschehen im Bereich der vertragsärztlichen Versorgung einschließlich der finanziellen Auswirkungen auf die Krankenkassen und berichtet der Bundesregierung bis zum 31. Dezember 2017 über die Ergebnisse.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (SGB V)

Zu Nummer 1 (§ 27)

Die Ergänzung stellt klar, dass die palliative Versorgung integraler Bestandteil aller in Satz 2 genannten Leistungsbereiche der Krankenbehandlung ist. Der allgemeine Leistungsanspruch wird durch die nachfolgenden gesetzlichen Regelungen zur allgemeinen Palliativversorgung und -beratung, zu der SAPV und zu den ambulanten und stationären Hospizleistungen näher konkretisiert.

Zu Nummer 2 (§ 37)

Die häusliche Krankenpflege ist in der ambulanten Palliativversorgung von Menschen, die ihre letzte Lebensphase in der häuslichen Umgebung verbringen, von erheblicher Bedeutung. Dies findet bislang im Rahmen des Anspruchs auf häusliche Krankenpflege keine ausdrückliche Erwähnung. Die Ergänzung in § 37 Absatz 2a stellt daher klar, dass die Regelversorgung zum Leistungsanspruch im Rahmen der häuslichen Krankenpflege die ambulante Palliativversorgung umfasst.

Die Menschen erhalten am Lebensende im Rahmen der Regelversorgung die notwendige palliative Pflege, soweit kein Anspruch auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung nach § 37b besteht.

Da die allgemeine Palliativversorgung oftmals über mehrere Wochen bis Monate notwendig ist und um auch die grundpflegerischen Bedarfe abzudecken, kann die ambulante Palliativversorgung als Leistung der häuslichen Krankenpflege auch nach Absatz 1 über einen Zeitraum von mehr als vier Wochen verordnet werden, wenn Krankenhausbehandlung geboten, aber nicht ausführbar ist, oder wenn sie dadurch vermieden oder verkürzt wird. Es wird ausdrücklich geregelt, dass die Leistungen der ambulanten Palliativversorgung insoweit in der Regel einen begründeten Ausnahmefall im Sinne von Absatz 1 Satz 5 darstellen.

Die von der häuslichen Krankenpflege umfasste ambulante Palliativversorgung ist in den Rahmenempfehlungen gemäß § 132a entsprechend zu berücksichtigen.

Zu Nummer 3 (§ 39a)

Zu Buchstabe a

In vielen Regionen ist die finanzielle Ausstattung stationärer Hospize gut, es gibt jedoch regionale Unterschiede. Insbesondere Hospize in ländlichen Regionen haben Schwierigkeiten, eine auskömmliche Finanzierung mit den Krankenkassen auszuhandeln. Der kalendertägliche Mindestzuschuss für stationäre Hospize wird daher von sieben auf neun Prozent der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV erhöht (für das Jahr 2015 von 198,45 Euro auf 255,15 Euro). Dies trägt dazu bei, regionale Vergütungsunterschiede zu verringern.

Darüber hinaus wird die finanzielle Ausstattung stationärer Hospize insgesamt verbessert, indem die Krankenkassen künftig bei Hospizen für Erwachsene 95 Prozent statt bisher 90 Prozent der zuschussfähigen Kosten tragen. Leistungen der Pflegeversicherung werden wie bisher angerechnet.

Darüber hinaus wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Kinder in der hospizlichen und palliativen Versorgung besondere Bedürfnisse haben. So kann die Betreuung von Kindern in stationären Hospizen aus verschiedenen Gründen länger dauern und häufiger spezifisch altersbedingte Maßnahmen und Vorkehrungen erfordern als bei Erwachsenen. Dazu zählt insbesondere die Einbindung der Familienangehörigen einschließlich der Geschwister in die Kinderbetreuung. Dem trägt die geltende Rahmenvereinbarung, an deren Erstellung die für die Interessen der Kinderhospize maßgeblichen Verbände mit beteiligt waren, zwar bereits an verschiedenen Stellen Rechnung. Um den Besonderheiten im Versorgungsauftrag der Kinderhospize gerecht zu werden, können die genannten Partner der Rahmenempfehlung jedoch auch eine gesonderte Vereinbarung speziell für die Kindesversorgung abschließen. Ob die Partner der Rahmenvereinbarung von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, soll deren gemeinsamer Einschätzung darüber überlassen bleiben, ob und in welchem Ausmaß eine gesonderte Regelung zu den genannten Spezifika zweckmäßig ist.

Die Verpflichtung der Partner der Rahmenvereinbarung, für stationäre Hospize bundesweit geltende Standards zu Leistungsumfang und Qualität der zuschussfähigen Leistungen zu vereinbaren, dient ebenfalls der Verringerung regionaler Unterschiede bei der finanziellen Förderung stationärer Hospizarbeit. Es wird eine einheitliche Basis für entsprechende Verträge geschaffen. Damit werden Rechtsunsicherheiten über Inhalt und Umfang der zuschussfähigen Kosten beseitigt.

Bei der Vereinbarung von Standards zu Umfang und Qualität der zuschussfähigen Leistungen ist folgendes zu beachten: Grundsätzlich kommt die gesetzliche Krankenversicherung für Leistungen auf, die der Verhütung, Früherkennung und Behandlung von Krankheiten einschließlich der Linderung von Beschwerden dienen. Diese Aufgabenstellung der gesetzlichen Krankenversicherung ist im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung bereits deutlich erweitert worden, indem z. B. auch die psychosoziale Betreuung im Hospiz wie etwa die Sterbegleitung durch Hospizkräfte oder Seelsorger, sowie die Einbeziehung Angehöriger von den gesetzlichen Krankenkassen bezuschusst wird. Dazu gehört auch die Begleitung trauernder Angehöriger in der Sterbephase des Versicherten. Dies entspricht der auch vom Gesetzgeber gewünschten stärkeren Etablierung des Hospiz- und Palliativgedankens in der Versorgung. Hiervon zu unterscheiden sind jedoch hospizliche Leistungen, die keinen Bezug zu den Aufgaben der gesetzlichen Krankenversicherung haben und daher gesamtgesellschaftlich zu tragen sind, wie es in der Hospizarbeit durch ehrenamtliches Engagement und Spenden geschieht. Hierzu gehören z. B. Freizeitangebote, kulturelle Veranstaltungen oder pädagogische Angebote. Da es in den Vertragsverhandlungen in der Vergangenheit teils große Unterschiede in der Definition der zuschussfähigen Kosten und damit zu unterschiedlichen Förderpraktiken der stationären Hospize gekommen ist, ist es notwendig, dass der Rahmen der zuschussfähigen Kosten durch die Partner der Rahmenvereinbarung zweifelsfrei vorgegeben wird und damit Ungleichgewichte beseitigt werden. Ebenso ist die Rahmenvereinbarung daraufhin zu überprüfen, ob

dem administrativen Aufwand stationärer Hospize, bedingt durch häufig wechselnde Belegung, ausreichend Rechnung getragen wird. Auch hier sind regionale Unterschiede durch die Vorgabe von bundeseinheitlichen Faktoren zu beseitigen.

Die Verpflichtung zur Überprüfung der Rahmenvereinbarung im Abstand von vier Jahren stellt sicher, dass die Vereinbarung aktuelle Versorgungs- und Kostenentwicklungen zeitnah berücksichtigt.

Zu Buchstabe b

Bisher werden ambulante Hospizdienste gefördert, die Sterbebegleitung in der häuslichen Umgebung des Versicherten, in Pflegeeinrichtungen oder in Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen oder der Kinder- und Jugendhilfe erbringen. Zukünftig können auch Krankenhäuser die ambulanten Hospizdienste, die von den Krankenkassen gefördert werden, mit der Sterbebegleitung der Versicherten beauftragen, die ihre letzte Lebensphase dort verbringen.

Die Förderung ambulanter Hospizdienste erfolgt bisher durch einen angemessenen Zuschuss zu den notwendigen Personalkosten. Zukünftig sind auch die notwendigen Sachkosten angemessen mit zu berücksichtigen (wie insbesondere die Fahrtkosten der ehrenamtlichen Mitarbeiter). Das Nähere zu den zuschussfähigen Personal- und Sachkosten wird in der Rahmenvereinbarung zur ambulanten Hospizarbeit bestimmt.

Darüber hinaus muss die Rahmenvereinbarung zur ambulanten Hospizarbeit angesichts verschiedener Praxisprobleme weiter angepasst werden. Derzeit stellt die Rahmenvereinbarung nicht sicher, dass ambulante Hospizdienste von dem Zeitpunkt an, in dem sie erstmals Sterbebegleitungen leisten, auch Zuschüsse erhalten. Dies soll durch entsprechende Vereinbarungen künftig gewährleistet werden. Zur zeitnahen Refinanzierung können auch Abschlagszahlungen vereinbart werden. Zudem ist zu überprüfen, ob das in der Rahmenvereinbarung festgelegte Verhältnis von ehrenamtlichen zu hauptamtlichen Mitarbeitern noch den aktuellen Versorgungsbedürfnissen entspricht, insbesondere vor dem Hintergrund der vielfältigen Koordinierungs- und Beratungsaufgaben der hauptamtlichen Kräfte, die tendenziell aufgrund des steigenden Bedarfs zunehmen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass eine hospizliche Begleitung Angehöriger – insbesondere bei schwerstkranken sterbenden Kindern und Jugendlichen – auch über den Tod hinaus notwendig sein kann.

Häufig ist den Beteiligten nicht bewusst, dass Versicherte in stationären Pflegeeinrichtungen von ambulanten Hospizdiensten versorgt werden können. Die Partner der Rahmenvereinbarung zu ambulanter Hospizarbeit werden daher gesetzlich verpflichtet, in der Vereinbarung die ambulante Hospizarbeit in vollstationären Pflegeeinrichtungen besonders zu berücksichtigen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Vernetzung verschiedener Angebote und zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen.

Die Verpflichtung zur Überprüfung der Rahmenvereinbarung im Abstand von vier Jahren stellt sicher, dass die Vereinbarung aktuelle Versorgungs- und Kostenentwicklungen zeitnah berücksichtigt.

Zu Nummer 4 (§ 39b)

Versicherte wissen häufig zu wenig über die Beratungs- und Versorgungsangebote in der Hospiz- und Palliativversorgung. Versicherte erhalten daher einen Anspruch gegen die Krankenkassen auf individuelle Beratung und Hilfestellung bei der Auswahl und Inanspruchnahme von Leistungen der Palliativ- und Hospizversorgung einschließlich eines Überblicks über die regional verfügbaren Anbieter und Ansprechpartner. Dazu gehören insbesondere Hausärzte und andere vertragsärztliche Leistungserbringer mit palliativ-medizinischer Qualifikation, Anbieter der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (z. B. SAPV-Teams), ambulante Hospizdienste und stationäre Hospize, Palliativ- und Hospizstationen in Krankenhäusern, palliativ spezialisierte Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen sowie außerhalb des Anwendungsbereich dieses Buches handelnde Akteure wie z. B. kommunale Servicestellen. Die Krankenkassen sollen auch über die von ihnen abgeschlossenen besonderen Verträge zur Palliativversorgung informieren. Die Beratung ist ggf. mit der Pflegeberatung nach § 7a SGB XI und anderen Beratungsangeboten abzustimmen, die der Versicherte bereits in Anspruch genommen hat. Es ist zu gewährleisten, dass alle Versicherten ausreichende Informationen über die Hilfen und Versorgungsangebote erhalten, die sie für ihre letzte Lebensphase wünschen und benötigen.

Die Krankenkasse soll auch sicherstellen, dass auf Wunsch des Versicherten dessen Angehörige oder andere Vertrauenspersonen sowie behandelnde Ärztinnen und Ärzte oder versorgende Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen entsprechende Informationen über die Beratungs- und Versorgungsangebote in der Hospiz- und Pal-

liativversorgung erhalten, zu denen der Versicherte beraten wurde. Dies trägt zur stetigen Kooperation zwischen den an der Versorgung Beteiligten bei und sichert die Zusammenarbeit im konkreten Einzelfall.

Die Inanspruchnahme des Leistungsangebots ist freiwillig. Die Krankenkasse darf personenbezogene Daten nur in dem Umfang erheben, verarbeiten und nutzen, wie dies für die individuelle Beratung und Hilfestellung im konkreten Fall erforderlich ist. Die insoweit für die Durchführung der jeweiligen Maßnahme erforderlichen personenbezogenen Daten dürfen zudem nur dann von der Krankenkasse erhoben, verarbeitet oder genutzt werden, wenn der Versicherte auf Grundlage einer umfassenden Information durch die Krankenkasse hierin einwilligt. Die Einwilligung und die vorherige Information haben schriftlich zu erfolgen. Die Information muss den Versicherten umfassend über Inhalt und Ziele der Leistungen, die Freiwilligkeit ihrer Annahme und die damit verbundene erforderliche Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung seiner personenbezogenen Daten und insbesondere darüber, zu welchem Zweck und zur Erfüllung welcher Aufgabe die Krankenkasse im Rahmen der Erforderlichkeit Befunddaten erheben, verarbeiten oder nutzen darf, aufklären. Außerdem ist der Versicherte darüber zu informieren, dass er seine Einwilligung jederzeit schriftlich widerrufen kann. Im Falle des Widerrufs sind die auf Grundlage der Einwilligung bei der Krankenkasse gespeicherten personenbezogenen Daten nach § 84 Absatz 2 SGB X unverzüglich zu löschen.

Grundsätzlich hat die Krankenkasse des Versicherten die Aufgabe der individuellen Beratung und Hilfestellung selbst wahrzunehmen. Sofern jedoch die Aufgabenwahrnehmung durch eine andere Stelle wirtschaftlicher ist, es im wohlverstandenen Interesse der Betroffenen liegt und Rechte der Versicherten nicht beeinträchtigt werden, kann die Krankenkasse diese Aufgabe auch an andere Krankenkassen, deren Verbände oder Arbeitsgemeinschaften übertragen. Eine Übertragung an private Dritte ist damit ausgeschlossen.

Zu Nummer 5 (§ 73)

In Absatz 2 Satz 1 wird geregelt, dass die vertragsärztliche Versorgung auch die Verordnung von spezialisierter ambulanter Palliativversorgung nach § 37b umfasst (vgl. auch § 37b Absatz 1 Satz 2). Da eine Verordnung von spezialisierter Palliativversorgung nur durch Ärzte erfolgen kann, sieht die Änderung des Satzes 2 vor, dass die neue Nummer 14 nicht für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten gilt.

Zu Nummer 6 (§ 87)

Zu Buchstabe a

Nach Absatz 1b werden die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der Spitzenverband Bund der Krankenkassen beauftragt, im Bundesmantelvertrag die Voraussetzungen für eine besonders qualifizierte und koordinierte palliativ-medizinische Versorgung zu bestimmen, um die Palliativversorgung auch in der Regelversorgung zu stärken. Damit werden die bestehenden gesetzlichen Regelungen zur spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (§§ 37b und 132d) ergänzt und die im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen im hausärztlichen Bereich bereits eingeführten Gebührenordnungspositionen für palliativ-medizinische Untersuchungs-, Behandlungs- und Betreuungsleistungen schwerstkranker und sterbender Patientinnen oder Patienten in der Arztpraxis, zu Hause, im Hospiz oder im Pflegeheim fortentwickelt. Als grundsätzliche Voraussetzung für eine besonders qualifizierte und strukturierte palliativ-medizinische Versorgung sind deren Inhalt und Abstimmung mit anderen Leistungen (z. B. der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung), die besondere Qualifikation der ärztlichen Leistungserbringer, die Koordination und die interprofessionelle Strukturierung der Versorgungsabläufe (insbesondere mit nichtärztlichen Gesundheitsberufen) und eine aktive Kooperation mit weiteren beteiligten Leistungserbringern sowie sonstigen Einrichtungen zu regeln. Zudem sind Maßnahmen zur Sicherung der Versorgungsqualität (z. B. durch Erhebung von Qualitätsindikatoren) zu vereinbaren. Hierzu hat die Kassenärztliche Bundesvereinigung in ihrer "Vertragswerkstatt" bereits konkrete Ansätze zur qualifizierten allgemeinen ambulanten Palliativversorgung von schwerstkranken und sterbenden Menschen entwickelt; auch die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein sieht in ihrem Strukturvertrag bestimmte Qualitätsindikatoren vor.

Nach Inkrafttreten der Regelungen im Bundesmantelvertrag hat der Bewertungsausschuss die vereinbarten Voraussetzungen für eine qualifizierte und strukturierte palliativ-medizinische Versorgung in die Überprüfung des einheitlichen Bewertungsmaßstabs einzubeziehen und innerhalb von sechs Monaten über deren Anpassung zu beschließen. Auf der Grundlage der geltenden Beschlüsse des Bewertungsausschusses werden diese neuen Leistungen, da sie über den bisherigen regelhaften Leistungsanspruch in der vertragsärztlichen Versorgung hinausgehen, zwei Jahre extrabudgetär vergütet; im Anschluss kann der Bewertungsausschuss eine Fortführung empfehlen.

Ziel der Neuregelung ist, dass aufgrund der vorausgesetzten besonderen Qualifikation der vertragsärztlichen Palliativversorgung, der interprofessionell strukturierten und koordinierten Leistungserbringung, der aktiven Kooperation der verantwortlichen Ärztin bzw. des verantwortlichen Arztes mit weiteren an der Versorgung Beteiligten und der Maßnahmen zur Versorgungsqualität ein fließender Übergang zwischen der kurativen Behandlung und der palliativ-medizinischen Versorgung sowie ggf. der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung gewährleistet werden kann. Diese Zielsetzung bezieht sich auf die Palliativversorgung von schwerstkranken und sterbenden Patientinnen und Patienten in allen Altersgruppen, somit auch auf Kinder und Jugendliche.

Voraussetzung für die Abrechnung dieser besonderen medizinischen Leistungen ist eine spezifische Qualifikation der Ärztin oder des Arztes zur Palliativmedizin, die dazu befähigt, die Behandlung und Begleitung der Patientin oder des Patienten mit einer inkurablen, weit fortgeschrittenen und fortschreitenden Erkrankung mit dem Ziel durchzuführen, die bestmögliche Lebensqualität zu erreichen und sicherzustellen sowie der Sensibilität der besonderen Situation der Patientinnen und Patienten Rechnung zu tragen. Dies schließt auch Vorgaben zur spezifischen fachlichen Fortbildung mit ein. Auch vor diesem Hintergrund sind die Bundesärztekammer und die Bundespsychotherapeutenkammer zu beteiligen, deren Stellungnahme in den Entscheidungsprozess einzubeziehen sind; nach den Angaben der Bundesärztekammer verfügten zum 31. Dezember 2013 in Deutschland bereits 8 218 Ärztinnen und Ärzte über die Zusatzbezeichnung Palliativmedizin.

Die palliativ-medizinisch qualifizierten Ärztinnen oder Ärzte sollen die an der Versorgung der Patientinnen und Patienten mit beteiligten Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, nichtärztlichen Gesundheitsberufe, (psycho-)sozialen Dienste, Hospizdienste, ggf. auch unterstützende und pflegende Angehörige bzw. Betreuungs- und Bezugspersonen, miteinander im Rahmen einer aktiven Kooperation synchronisieren und integrieren. Neben einer spezifischen ärztlichen Versorgung soll die Organisation und die Koordination verschiedener Leistungen und Leistungserbringer sowie deren Zusammenarbeit gewährleistet werden. Hierbei sollen auch – soweit vorhanden – Kooperationsverträge und Vereinbarungen nach § 119b Absatz 1 und 2 sowie nach § 132g Absatz 3 (neu) berücksichtigt werden. Im Rahmen der Kooperation und Koordination ist ein bestmöglicher Informationsaustausch zwischen den Beteiligten sicherzustellen. Ergänzend können gemeinsame Fallbesprechungen zweckmäßig sein, in denen z. B. die weitere Behandlungs- bzw. Versorgungsplanung besprochen und vereinbart wird.

Der Bewertungsausschuss wird verpflichtet, dem Bundesministerium für Gesundheit erstmalig bis zum 31. Dezember 2017 und anschließend jährlich über die Entwicklung der Leistungen der palliativ-medizinischen Versorgung (z. B. Ausgaben und Fallzahlen) sowie auch in Kombination mit anderen vertragsärztlichen Leistungen, über die Zahl und Qualifikation der ärztlichen Leistungserbringer, die Versorgungsqualität und die Auswirkungen auf die Verordnung und Inanspruchnahme der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung zu berichten. In den Bericht sind die seit dem 1. Oktober 2013 im einheitlichen Bewertungsmaßstab abgebildeten Leistungen der palliativ-medizinischen Versorgung im hausärztlichen Versorgungsbereich mit einzubeziehen. Das Bundesministerium für Gesundheit kann das Nähere zum Inhalt des Berichts und der hierfür notwendigen Auswertungen bestimmen.

Zu Buchstabe b

Mit dieser Regelung soll die gezielte Vergütung von kooperativen und koordinierten ärztlichen Leistungen in der Versorgung von Bewohnerinnen und Bewohnern stationärer Pflegeeinrichtungen – wie es sie bereits in der zahnärztlichen Versorgung gibt – auf eine spezielle gesetzliche Grundlage gestellt werden. Die in der Vergangenheit getroffenen Beschlüsse des Bewertungsausschusses zur Stärkung der hausärztlich geriatrischen Versorgung, der Palliativversorgung durch Hausärzte und auch zur Förderung von nichtärztlichen Praxisassistenten, die z. B. durch ihre Unterstützung in der Koordination der Behandlung und durch Haus- und Heimbefuche die Versorgung ergänzen, werden hiermit aufgegriffen. Insbesondere werden durch diese Vergütungsregelung auch Praxisnetze gestärkt, die für die Versorgung von Versicherten in stationären Pflegeeinrichtungen auch unter Einbezug palliativ-medizinischer Kompetenz zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Aufbauend auf der neuen Regelung nach § 119b Absatz 1, nach der stationäre Pflegeeinrichtungen einzeln oder gemeinsam Kooperationsverträge mit dafür geeigneten Leistungserbringern abschließen sollen, sowie aufbauend auf den nach § 119b Absatz 2 vorliegenden Anforderungen an eine kooperative und koordinierte ärztliche und pflegerische Versorgung von Bewohnerinnen und Bewohnern stationärer Pflegeeinrichtungen (Anlage 27 des Bundesmantelvertrages) wird der Bewertungsausschuss mit dieser Regelung beauftragt, den einheitlichen

Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen anzupassen, um die zusätzlichen ärztlichen Kooperations- und Koordinationsleistungen (z. B. durch verbesserte Kommunikationsstrukturen, regelmäßige Fallbesprechungen der entsprechenden Ärztinnen und Ärzte mit den Pflegekräften der stationären Pflegeeinrichtung) in entsprechenden Kooperationsverträgen sachgerecht abzubilden und zu bewerten. Dabei können sowohl Zuschläge auf bestehende Gebührenordnungspositionen als auch neue Gebührenordnungspositionen ggf. zusammengefasst in einem eigenen Abschnitt vereinbart werden. Hierbei sollten auch die neuen Regelungen im Bundesmantelvertrag und die Abrechnungsmöglichkeiten für die qualifizierte und koordinierte palliativ-medizinische Versorgung berücksichtigt werden. Um möglichen Unterschieden des praktischen Aufwands der jeweiligen Kooperations- und Koordinationsleistung Rechnung zu tragen, ist bei der Bewertung z. B. nach der Funktion innerhalb der Kooperationsgemeinschaft etwa zwischen Koordinationsärztinnen und -ärzten und weiteren kooperierenden Ärztinnen und Ärzten zu differenzieren. Nach § 119b Absatz 1 angestellte Ärztinnen oder Ärzte sollen Koordinationsärztinnen oder -ärzten in der Vergütung gleichgestellt sein. Auf der Grundlage der geltenden Beschlüsse des Bewertungsausschusses werden neue Leistungen zwei Jahre extrabudgetär vergütet, im Anschluss kann der Bewertungsausschuss eine Fortführung empfehlen. Vor dem Hintergrund der geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen ist in der Folge die Anlage 27 des Bundesmantelvertrages entsprechend anzupassen.

Im Gegenzug zu dieser neu zu vereinbarenden Regelung im einheitlichen Bewertungsmaßstab wird nach deren Inkrafttreten die Möglichkeit für die regionalen Verhandlungspartner zur Vereinbarung befristeter Zuschläge nach § 87a Absatz 2 Satz 3 zweiter Halbsatz gestrichen. Davon unberührt bleibt die allgemeine Möglichkeit, Zuschläge auf den Orientierungswert für besonders förderungswürdige Leistungen – wie Haus- und Heimbefuche – und für besonders zu fördernde Leistungserbringer zu vereinbaren. Nach den Ergebnissen der Evaluation nach § 221b Absatz 2 nach dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz wird von der Möglichkeit, Zuschläge auf den Orientierungswert für besonders förderungswürdige Leistungen zu zahlen, in der Mehrheit der Kassenärztlichen Vereinigungen mit dem Ziel einer besseren Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen auch Gebrauch gemacht.

Zu Nummer 7 (§ 92)

Zu Buchstabe a

Durch § 37 Absatz 6 i.V.m. § 92 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 ist dem G-BA die Aufgabe zugewiesen, in seinen Richtlinien u.a. festzulegen, an welchen Orten und in welchen Fällen Leistungen auch außerhalb des Haushalts und der Familie des Versicherten erbracht werden können. Die Richtlinien über die Verordnung häuslicher Krankenpflege enthalten demgemäß insbesondere Vorgaben zur Dauer der Verordnung, zur Genehmigung durch die Krankenkasse, zur Zusammenarbeit mit Pflegediensten und dem Krankenhaus sowie zu den verordnungsfähigen Maßnahmen. § 92 Absatz 7 Satz 1 konkretisiert den notwendigen Inhalt der Richtlinie über die Verordnung häuslicher Krankenpflege.

Mit der neuen Nummer 5 wird der G-BA gesetzlich beauftragt, die Richtlinie über die Verordnung häuslicher Krankenpflege weiterzuentwickeln und das Nähere zur ambulanten Palliativversorgung festzulegen. Dies betrifft insbesondere eine Konkretisierung behandlungspflegerischer Maßnahmen sowie Leistungen der Palliativpflege, die sowohl eine im Rahmen der ambulanten Palliativversorgung gewünschte fallbezogene Vernetzung und ein abgestimmtes Zusammenwirken der verschiedenen Akteure unterstützen als auch den besonderen Versorgungsbedarf von Palliativpatienten berücksichtigen sollen. Dabei sind insbesondere auch die besonderen Belange von Kindern zu berücksichtigen. Mit dieser Regelung soll das Ziel unterstützt werden, in der Regelversorgung den Hospiz- und Palliativgedanken stärker zu verankern, die ambulante Palliativversorgung weiter zu stärken und die Vernetzung und Kooperation der an der Versorgung beteiligten unterschiedlichen Leistungserbringer und Fachkräfte – auch an den Schnittstellen der hospizlichen und palliativen Versorgung – zu fördern.

Zu Buchstabe b

Die Ergänzung dient dazu, den spezifischen Sachverstand der Interessenvertretungen der Hospizbewegung und der Palliativversorgung auf Bundesebene in die Entscheidung des G-BA hinsichtlich der in der Richtlinie über die Verordnung häuslicher Krankenpflege zu konkretisierenden Maßnahmen und Leistungen der Palliativpflege einzubeziehen.

Zu Nummer 8 (§ 119b)

Zu Buchstabe a

Vollstationäre Pflegeeinrichtungen sind nicht nur bei Bewohnerinnen und Bewohnern, die sich in ihrer letzten Lebensphase befinden, sondern auch wegen der verbreitet eingeschränkten Möglichkeit der Bewohnerinnen und Bewohner, z. B. eine Ärztin oder einen Arzt eigenständig aufzusuchen, mit spezifischen Anforderungen an die medizinische und pflegerische Versorgung konfrontiert.

Um hier Versorgungsverbesserungen zu erreichen, sollen die vollstationären Pflegeeinrichtungen stärker in die Organisation der ambulanten ärztlichen Versorgung eingebunden werden. Dafür bedarf es der verstärkten Kooperation mit den niedergelassenen Haus- und Fachärzten. Die bisherige Regelung, die lediglich die fakultative Möglichkeit ("Kann"-Regelung) vorsah, Kooperationsvereinbarungen mit vertragsärztlichen Leistungserbringern abzuschließen, wird dafür zu einer "Soll"-Vorschrift weiterentwickelt. Künftig sollen die vollstationären Pflegeeinrichtungen die Zusammenarbeit mit den betreffenden Ärztinnen und Ärzten aktiv koordinieren, um die ambulante ärztliche Betreuung in der Einrichtung zu gewährleisten.

Zu Buchstabe b

Die bislang gesetzlich vorgesehene Frist, innerhalb der die Anforderungen an eine kooperative und koordinierte ärztliche und pflegerische Versorgung von pflegebedürftigen Versicherten in stationären Pflegeeinrichtungen zu vereinbaren waren, kann nach zwischenzeitlich erfolgter Umsetzung entfallen.

Zu Buchstabe c

Mit der Regelung wird der Bewertungsausschuss als Folge zu dem gesetzlichen Auftrag, eine Regelung im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen zu treffen, nach der die zusätzlichen ärztlichen Kooperations- und Koordinationsleistungen auf Grundlage von Kooperationsverträgen vergütet werden, die den Anforderungen nach § 119b Absatz 2 entsprechen (vgl. die Begründung zu § 87 Absatz 2a), beauftragt, die hiermit verbundenen Auswirkungen auf das Versorgungsgeschehen im Bereich der vertragsärztlichen Versorgung einschließlich der finanziellen Auswirkungen auf die Krankenkassen zu evaluieren und der Bundesregierung zu berichten. Dies ersetzt die bislang vorgesehene Evaluation durch das Institut des Bewertungsausschusses bezogen auf die bisherige Möglichkeit der Gesamtvertragspartner, Zuschläge auf den Orientierungswert für eine kooperative und koordinierte ärztliche und pflegerische Versorgung von pflegebedürftigen Versicherten in stationären Pflegeeinrichtungen oder von Kooperationsverträgen gemäß § 119b Absatz 1 Satz 1 zu vereinbaren.

Zu Nummer 9 (§ 132d)

Zu Buchstabe a

Die Versorgung mit spezialisierter ambulanter Palliativversorgung ist gut acht Jahre nach Einführung der Leistung weit fortgeschritten. Es fehlt jedoch ein ausreichendes Angebot insbesondere in einigen ländlichen oder strukturschwachen Regionen. Diese „weißen Flecken“ in der Versorgungslandschaft müssen beseitigt und in ganz Deutschland ein flächendeckendes Angebot mit spezialisierter ambulanter Palliativversorgung verwirklicht werden. Der Absatz wird daher um ein Schiedsverfahren ergänzt, das dazu beitragen soll, Vertragsabschlüsse zu beschleunigen. Vorgesehen ist danach, dass sich die Vertragsparteien im Falle einer Nichteinigung zunächst auf eine unabhängige Schiedsperson zu verständigen haben, die den Inhalt des Vertrages festzulegen hat. Können sich die Vertragspartner nicht auf eine Schiedsperson einigen, ist es Aufgabe der für die vertragsschließende Krankenkasse zuständigen Aufsichtsbehörde, die Schiedsperson zu bestimmen. Die Kosten des Schiedsverfahrens sind von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen zu tragen.

Zu Buchstabe b

Der neue Absatz 3 erhöht die Gestaltungsmöglichkeiten der Vertragspartner. Bereits vor der Einführung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung gab es gute Initiativen für eine vernetzte Palliativversorgung in Selektivverträgen. Um deren Bestand zu sichern und Schnittstellen zwischen spezialisierter und allgemeiner ambulanter Palliativversorgung zu überwinden, wird klargestellt, dass spezialisierte und allgemeine ambulante Palliativversorgung auch in selektivvertraglichen Versorgungsformen zusammen geregelt werden können.

Die größere Gestaltungsfreiheit der Vertragspartner bedeutet jedoch nicht, dass in der selektivvertraglich geregelten Versorgung eine geringere Qualität zu fordern wäre. Dies folgt ausdrücklich aus Satz 2, wonach die Anforderungen insbesondere qualitativer Art, die im Bereich der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung gelten, grundsätzlich auch dann zu beachten sind, wenn die spezialisierte ambulante Palliativversorgung gemeinsam mit der allgemeinen ambulanten Palliativversorgung in einem Selektivvertrag erbracht wird. Abwei-

chungen sind dann möglich, wenn die Eigenart der Versorgung, insbesondere der Umstand, dass die Leistungen der allgemeinen und spezialisierten ambulanten Palliativversorgung schnittstellenübergreifend zusammen erbracht werden, dies erfordert. Wichtig ist vor allem, dass auch in den Fällen, in denen die palliative Versorgung im Rahmen eines der genannten Verträge organisiert wird, eine enge Kooperation aller am Leistungsgeschehen Beteiligten sichergestellt und eine Teamstruktur der Akteure gewährleistet ist.

Zu Nummer 10 (§ 132g)

Zu Absatz 1

Ein individuelles, ganzheitliches Beratungsangebot über Hilfen und Angebote zur medizinischen, pflegerischen, psychosozialen und seelsorgerischen Betreuung und Versorgung in der letzten Lebensphase kann die Angst schwerstkranker Patientinnen und Patienten und Pflegebedürftiger vor dem Sterben und schweren Leiden in der Sterbephase mindern. Zugleich kann ein gutes Fallmanagement in Kooperation aller an der Versorgung beteiligten Leistungserbringer, Vertrauenspersonen und Beratungsstellen dem Wunsch der Betroffenen nach Selbstbestimmung und Vermeidung ungewollter Behandlungen Rechnung tragen.

Vollstationäre Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen können daher ein Angebot zur individuellen gesundheitlichen Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase vorhalten, das Bewohnerinnen und Bewohner auf freiwilliger Basis nutzen können, um umfassend informiert zu sein und – unterstützt durch professionelle Beratung – selbstbestimmt über Behandlungs-, Versorgungs- und Pflegemaßnahmen entscheiden zu können.

Einrichtungen der Eingliederungshilfe sind die Einrichtungen, mit denen Vereinbarungen nach dem Zehnten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch über die Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen getroffen worden sind.

Absatz 1 gibt den Rahmen für den von den Vertragspartnern nach Absatz 3 zu konkretisierenden Leistungsinhalt vor. Das Beratungsangebot der Einrichtung soll nicht lediglich allgemein die gesetzlichen Ansprüche behandeln, die den Versicherten zustehen. Eine hierauf ausgerichtete Beratung wird bereits nach dem neuen § 39b durch die Krankenkassen gewährleistet. Das Angebot einer „gesundheitlichen Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase“ soll die Versicherten im Rahmen einer individuellen Beratung und Fallbesprechung vielmehr dazu anleiten, Vorstellungen über die medizinischen Abläufe, das Ausmaß, die Intensität und die Grenzen medizinischer Interventionen sowie palliativ-medizinischer und palliativ-pflegerischer Maßnahmen in der letzten Lebensphase zu entwickeln. Hierzu zählt z. B. auch die Beratung über die Möglichkeiten und Konsequenzen eines Therapieverzichts. Angehörige und Vertrauenspersonen sind auf Wunsch der Versicherten in den Beratungsprozess einzubeziehen.

Die Versorgungsplanung muss nicht in einem einzigen Beratungstermin organisiert werden, sondern kann situations- und bedarfsgerecht auch in mehreren, aufeinander aufbauenden Terminen oder für verschiedene Beteiligte getrennt organisiert werden (z. B. als Anschlussberatung mit den Angehörigen nach medizinischer Vorbesprechung in Kooperation mit den behandelnden Ärztinnen oder Ärzten). Die Beratung kann bei Bedarf auch mehrfach angeboten werden.

Zu Absatz 2

Die Organisationshoheit für das Beratungsangebot liegt bei den vollstationären Pflegeeinrichtungen und den Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen selbst. Sie können dies unter Berücksichtigung der Vorgaben nach Absatz 3 entweder durch entsprechend qualifiziertes eigenes Personal selbst oder in Kooperation und durch Vernetzung mit regionalen Beratungs- und Versorgungsstellen (z. B. ambulante Hospizdienste oder stationäre Hospize, SAPV-Teams) sicherstellen. Soweit bereits vergleichbare lokale Angebote bestehen, sind diese zu berücksichtigen, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Professionelle Angebote, kommunales und ehrenamtliches Engagement sollen sich insgesamt ergänzen. Zwingend am Beratungsprozess zu beteiligen ist die behandelnde Vertragsärztin bzw. der behandelnde Vertragsarzt oder der sonstige für die ambulante Behandlung zuständige vertragsärztliche Leistungserbringer. Dies kann auch eine Ärztin oder ein Arzt im Rahmen der Tätigkeit in einem SAPV-Team sein. Gemeinsam mit den sonstigen regionalen Betreuungs- und Versorgungsangeboten ist sicherzustellen, dass eine umfassende medizinische, pflegerische und hospizliche Betreuung gewährleistet ist, die den als Ergebnis der Beratung artikulierten Wünschen und Vorstellungen der Patientin oder

des Patienten entspricht. Es sind daher alle beteiligten regionalen Versorger (z. B. auch Rettungsdienste, Krankenhäuser sowie kommunale und seelsorgerische Einrichtungen) einzubeziehen.

Zu Absatz 3

Die inhaltlichen Einzelheiten des Beratungsangebots sind vom Spitzenverband Bund der Krankenkassen mit den Vereinigungen der Träger der vollstationären Pflegeeinrichtungen und der Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen auf Bundesebene zu vereinbaren. Die Vereinbarungen sind bei entsprechender Geltung der neuen Schiedsregelung in § 132d Absatz 1 ebenfalls schiedsfähig. Neben einer weiteren Konkretisierung des Leistungsinhaltes sind in den Vereinbarungen auch Regelungen zu den qualitativen Anforderungen an das Beratungsgespräch und die Fallbesprechung sowie die Qualifikation der am Beratungsprozess beteiligten Fachkräfte vorzunehmen. Alle am Beratungsprozess beteiligten Fachkräfte – einschließlich der beteiligten Ärztinnen und Ärzte – sollten über eine hinreichende Erfahrung und Qualifikation in der palliativen und hospizlichen Versorgung verfügen. Zu den Vereinbarungen gehören auch die Anforderungen an die Dokumentation der Beratung und der von der oder dem Versicherten geäußerten Vorstellungen und Wünsche über die Versorgung in der letzten Lebensphase.

Zu Absatz 4

Die Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erhalten als Anreiz zur Etablierung des Angebots zur individuellen gesundheitlichen Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase – unabhängig von der Vergütung nach SGB XI – eine zusätzliche Vergütung durch die gesetzlichen Krankenkassen. Das Beratungsangebot ist aufgrund der im Mittelpunkt stehenden medizinischen und versorgungsrelevanten Fragestellungen durch die gesetzliche Krankenversicherung zu finanzieren. Die Einzelheiten der Finanzierung sind in den schiedsfähigen Vereinbarungen nach Absatz 3 festzulegen. In der Finanzierung soll zum einen die Vorhaltung eines entsprechenden Angebotes berücksichtigt werden. Zum anderen ist die tatsächliche Anzahl durchgeführter Beratungen zu berücksichtigen.

Die Vergütung der ärztlichen Leistungen der beteiligten Ärztinnen und Ärzte erfolgt aus der vertragsärztlichen Gesamtvergütung. Der einheitliche Bewertungsmaßstab ist im Hinblick auf die ärztlichen Leistungen nach Absatz 1 und 2 unter Berücksichtigung der Vereinbarung nach Absatz 3 zu überprüfen und anzupassen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die bisher bestehenden Gebührenordnungspositionen zur hausärztlichen palliativ-medizinischen Betreuung, die auch die Erstellung und Dokumentation eines palliativ-medizinischen Behandlungsplanes unter Berücksichtigung des Patientenwillens mit einschließen, sowie die in diesem Gesetz vorgesehenen zusätzlichen Vergütungsregelungen zur palliativ-medizinischen Versorgung nach § 87 Absatz 1b (neu) und zur kooperativen und koordinierten Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen nach § 119b zu berücksichtigen.

Werden die ärztlichen Leistungen im Rahmen der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung auf vertraglicher Grundlage nach § 132d erbracht, erfolgt die Vergütung innerhalb dieser Verträge.

Andere als die für die Abrechnung mit den Leistungserbringern, einschließlich der Prüfung der Rechtmäßigkeit und Plausibilität der Abrechnung erforderlichen Sozialdaten werden von den Krankenkassen nicht erhoben (§ 284 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8).

Zu Nummer 11 (§ 284)

Mit der Ergänzung wird bestimmt, dass die Krankenkassen die für die Erfüllung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Hospiz- und Palliativberatung nach § 39b erforderlichen Sozialdaten erheben und speichern dürfen. Das in § 39b Satz 7 vorgesehene Erfordernis der Einwilligung bleibt unberührt.

Zu Artikel 2 (§ 87a SGB V)

Folgeregelung zu dem gesetzlichen Auftrag des Bewertungsausschusses, eine Regelung im einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen zu treffen, nach der die zusätzlichen ärztlichen Kooperations- und Koordinationsleistungen auf Grundlage von Kooperationsverträgen vergütet werden, die den Anforderungen nach § 119b Absatz 2 entsprechen (vgl. die Begründung zu § 87 Absatz 2a). Damit entfällt die Möglichkeit, spezifische Zuschläge auf den Orientierungswert für eine kooperative und koordinierte ärztliche und pflegerische Versorgung von pflegebedürftigen Versicherten in stationären Pflegeeinrichtungen oder von Kooperationsverträgen gemäß § 119b Absatz 1 Satz 1 zu zahlen. Davon unberührt bleibt die allgemeine Möglichkeit, Zuschläge auf

den Orientierungswert für besonders förderungswürdige Leistungen – wie Haus- und Heimbesuche – und für besonders zu fördernde Leistungserbringer zu vereinbaren.

Zu Artikel 3 (SGB XI)

Zu Nummer 1 (§ 28)

Jeder Mensch hat das Recht auf ein Sterben unter würdigen Bedingungen. Sterbende Menschen benötigen eine umfassende medizinische, pflegerische, psychosoziale und spirituelle Betreuung und Begleitung, die ihrer individuellen Lebenssituation und ihrem hospizlich-palliativen Versorgungsbedarf Rechnung trägt. Ihre besonderen Bedürfnisse sind auch bei der Erbringung von Pflegeleistungen mit zu berücksichtigen.

Mit der Ergänzung wird klargestellt, dass pflegerische Maßnahmen der Sterbebegleitung zu einer Pflege nach dem allgemein anerkannten Stand medizinisch pflegerischer Erkenntnisse in stationärer und ambulanter Pflege dazu gehören. Leistungen anderer Sozialleistungsträger, insbesondere Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem Fünften Buch, sowie Leistungen durch Hospizdienste bleiben unberührt.

Zu Nummer 2 (§ 75)

Entsprechend der leistungsrechtlichen Klarstellung in § 28 wird die Bedeutung der Sterbebegleitung auch in den gesetzlichen Vorgaben zu den für die Pflegeeinrichtungen geltenden Rahmenverträgen auf Landesebene betont. Der Regelungsauftrag für die Vereinbarungspartner zum Inhalt der Pflegeleistungen wird dazu um die ausdrückliche Nennung der Sterbebegleitung ergänzt.

Zu Nummer 3 (§ 114)

Für vollstationäre Pflegeeinrichtungen ist die Zusammenarbeit mit einem Hospiz- und Palliativnetz eine wichtige Voraussetzung, um ihre Aufgaben im Rahmen einer qualifizierten Sterbebegleitung – deren Bedeutung durch die Ergänzungen in den §§ 28 und 75 betont wird – zu erfüllen. Die Vernetzung kann durch die betroffenenorientierte Zusammenarbeit regionaler Beratungs- und Versorgungsstellen professionsübergreifend sichergestellt werden. Sie schließt die Zusammenarbeit mit Ärztinnen und Ärzten ein, geht aber auch darüber hinaus, indem sie etwa ambulante Hospizdienste, stationäre Hospize oder SAPV-Teams einbezieht. Professionelle Angebote, kommunales und ehrenamtliches Engagement sollen sich insgesamt ergänzen. Die für vollstationäre Pflegeeinrichtungen hier ab dem 1. Juli 2016 eingeführte Informationspflicht ist dabei komplementär zu der in § 39a SGB V getroffenen Regelung, in den Rahmenvereinbarungen zu ambulanter Hospizarbeit die ambulante Hospizarbeit in stationären Pflegeeinrichtungen besonders zu berücksichtigen. Relevante Änderungen bezüglich der Zusammenarbeit mit einem Hospiz- und Palliativnetz sind den Landesverbänden der Pflegekassen im Hinblick auf deren Informationspflicht nach § 115 Absatz 1b innerhalb von vier Wochen zu übermitteln.

Zu Nummer 4 (§ 115)

Folgeänderung zur Ergänzung der Informationspflichten nach Nummer 3 (§ 114). Ebenso wie für die bisherigen Informationspflichten gilt auch für die Informationen der vollstationären Pflegeeinrichtungen zur Zusammenarbeit mit einem Hospiz- und Palliativnetz, dass deren Veröffentlichung im Rahmen der Informationen über Ergebnisse von Qualitätsprüfungen durch die Landesverbände der Pflegekassen sicherzustellen ist.

Zu Artikel 4 (§ 17b KHG)

Durch die vorgesehene Ergänzung wird für Palliativstationen oder -einheiten die Option zur Verhandlung von krankenhausespezifischen Entgelten anstelle von bundesweit kalkulierten pauschalierten Entgelten gestärkt. Dazu wird diesen gesetzlich das Recht eingeräumt, einseitig gegenüber den Kostenträgern zu erklären, ob sie krankenhausespezifische Entgelte vereinbaren möchten. Diese Regelung ersetzt für Palliativstationen oder -einheiten die in der Vereinbarung der Selbstverwaltungspartner zur Bestimmung von besonderen Einrichtungen vorgesehene schiedsstellenfähige Vereinbarungslösung. Damit können Krankenhäuser zukünftig dauerhaft eigenständig entscheiden, ob sie die Versorgung von palliativmedizinisch zu versorgenden Menschen in Palliativstationen oder -einheiten über bundesweit kalkulierte Entgelte oder als besondere Einrichtung über krankenhausespezifisch zu verhandelnde Entgelte abrechnen wollen. Können sich die Vertragsparteien vor Ort nicht über die Höhe der krankenhausespezifischen Entgelte einigen, ist wie bisher die Schiedsstelle anrufbar.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Das spätere Inkrafttreten der Regelung in § 87a Absatz 2 Satz 3 SGB V stellt sicher, dass die Möglichkeit der Vereinbarung von spezifischen Zuschlägen auf regionaler Ebene für die Förderung einer kooperativen und koordinierten ärztlichen und pflegerischen Versorgung von pflegebedürftigen Versicherten in stationärer Pflegeeinrichtungen oder von Kooperationsverträgen gemäß § 119b Absatz 1 Satz 1 SGB V erst dann entfällt, wenn der einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen in diesem Zusammenhang angepasst und die Anpassung in Kraft getreten ist (vgl. § 87 Absatz 2a SGB V).

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Abs. 1 NKRG**Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland (NKR-Nr. 3277)**

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des oben genannten Regelungsvorhabens geprüft.

I. Zusammenfassung

Bürgerinnen und Bürger Erfüllungsaufwand	keine Auswirkungen
Wirtschaft	
jährlicher Erfüllungsaufwand (Bürokratiekosten)	30.400 Euro
einmaliger Erfüllungsaufwand	82.000 Euro
Verwaltung (Landesverbände Pflegekassen)	
jährlicher Erfüllungsaufwand	34.800 Euro
einmaliger Erfüllungsaufwand	55.000 Euro
Evaluierung	<p>Das Regelungsvorhaben wird insoweit evaluiert, als dass der Bewertungsausschuss ggüb. der Bundesregierung bzw. dem Bundesministerium für Gesundheit spätestens bis zum 31. Dezember 2017 zu folgenden Punkten berichtet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • über die Auswirkungen auf das Versorgungsgeschehen im Bereich der vertragsärztlichen Versorgung einschließlich der finanziellen Auswirkungen auf die Krankenkassen und • erstmalig zum und ab dem 31. Dezember 2017 jährlich über die Entwicklung der abgerechneten palliativ-medizinischen Leistungen, die Zahl und Qualifikation der Leistungserbringer, die Versorgungsqualität und die Auswirkungen auf die Verordnung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung.
Der Nationale Normenkontrollrat macht im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellungen der Gesetzesfolgen im vorliegenden Regelungsvorhaben geltend.	

II. Im Einzelnen

Mit vorliegendem Regelungsvorhaben sollen die Eckpunkte der Regierungskoalition zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung umgesetzt werden. Der Entwurf zielt darauf ab, ein flächendeckendes Angebot zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland zu verwirklichen. Im Wesentlichen mit folgenden Maßnahmen:

- gezielter Ausbau von Angeboten zur Hospiz- und Palliativversorgung in strukturschwachen und ländlichen Regionen,
- stärkere Vernetzung von medizinischer, pflegerischer Versorgung und hospizlicher Begleitung sowie Gewährleistung von Kooperationen zwischen den verschiedenen Leistungserbringern (u.a. durch Schaffung von Anreizen wie Vergütung),
- Verankerung der Palliativversorgung als Teil der Regelversorgung in der haus- und fachärztlichen Versorgung sowie der häuslichen Krankenpflege,
- Flächendeckende Verbreitung spezialisierter ambulanter Palliativversorgung,
- Verbesserung der finanziellen Förderung stationärer Kinder- und Erwachsenen Hospize sowie ambulanter Hospizdienste (z.B. durch die Anhebung des Mindestzuschusses bzw. Berücksichtigung von Sachkosten neben den Personalkosten),
- Stärkung der palliativen Versorgung und Hospizkultur in stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern sowie
- Versicherte gezielter über bestehende Angebote beraten/informieren und Pflegeheimbewohnern eine individuelle Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase ermöglichen.

Erfüllungsaufwand

Das Ressort hat die Auswirkungen des Regelungsvorhabens auf den Erfüllungsaufwand nachvollziehbar dargestellt. Das Regelungsvorhaben löst für die Wirtschaft einen einmaligen Erfüllungsaufwand von 72.000 Euro und einen jährlichen Erfüllungsaufwand von 30.400 Euro (Bürokratiekosten) aus. Für die Verwaltung entsteht einmaliger Erfüllungsaufwand von 65.000 Euro sowie jährlicher Erfüllungsaufwand von 34.800 Euro.

Das Regelungsvorhaben hat keine Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger.

Der Erfüllungsaufwand setzt sich im Einzelnen wie folgt dargestellt zusammen.

Wirtschaft

Vollstationäre Pflegeeinrichtungen sollen künftig ein umfassendes und individuelles Beratungsangebot machen. Dies schließt die Kooperation und Abstimmung mit regionalen Versorgungsangeboten ein. Die konkrete Ausgestaltung soll dabei den vollstationären Pflegeeinrichtungen obliegen. Die Anforderungen und Inhalte des Beratungsangebotes werden jedoch in einer einheitlichen Rahmenvereinbarung zwischen dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-SV) und den Organisationen, die vollstationäre Pflegeeinrichtungen auf Bundesebene vertreten, vereinbart. Die Kosten für das jeweilige Beratungsangebot werden durch die gesetzlichen Krankenkassen getragen und sind im Regelungsentwurf unter den Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand dargestellt. Dabei geht das Ressort von einem unteren mittleren Millionenbetrag aus. Die Kosten können jedoch erst nach Abschluss der Rahmenvereinbarung konkretisiert werden.

Für die Verhandlung der Rahmenvereinbarung entsteht ein einmaliger geringer Erfüllungsaufwand.

Aufgrund der Anpassung der Landesrahmenverträge infolge der leistungsrechtlichen Klarstellung zur Sterbebegleitung entstehen den Vereinigungen der Träger der Pflegeeinrichtungen einmalige Kosten von 72.000 Euro. Dies betrifft 16 Verträge.

Jährliche Bürokratiekosten entstehen für die vollstationären Pflegeeinrichtungen aufgrund der Pflicht, Informationen über die Regelung der Zusammenarbeit mit einem Hospiz- und Palliativnetz bereitzustellen. Das Ressort geht bei ca. 10.700 vollstationären Pflegeeinrichtungen von 30.400 Euro aus.

Verwaltung

Entsprechend der Darstellung bei der Wirtschaft entstehen auch bei der Verwaltung (Landesverbände der Pflegekassen) die wesentlichen einmaligen Kosten von 45.000 Euro aufgrund der Anpassung der Landesrahmenverträge im Zusammenhang mit der leistungsrechtlichen Klarstellung zur Sterbebegleitung.

Darüber hinaus stellen auch die Landesverbände der Pflegekassen Informationen über die Regelung der Zusammenarbeit mit einem Hospiz- und Palliativnetz in elektronischer Form und anderer Weise sicher. Hierfür entsteht den Landesverbänden jährlicher Erfüllungsaufwand von 34.800 Euro.

Geringer Aufwand entsteht für das Bundesministerium für Gesundheit im Zusammenhang mit Prüfpflichten.

Darüber hinaus entsteht für beide Normadressaten geringer Aufwand vorwiegend für Verhandlungen bzw. Anpassungen von Rahmenverträgen oder Vereinbarungen (jeweils 10.000 Euro), für die Konkretisierung der Richtlinie über die Verordnung häuslicher Krankenpflege des Gemeinsame Bundesausschusses (G-BA) sowie für etwaige Schiedsverfahren.

Der Nationale Normenkontrollrat macht im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellungen der Gesetzesfolgen im vorliegenden Regelungsvorhaben geltend.

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Catenhusen
Berichterstatter

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland (Hospiz- und Palliativgesetz - HPG)

Der Bundesrat hat in seiner 934. Sitzung am 12. Juni 2015 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Zu Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc und Doppelbuchstabe dd (§ 39a Absatz 1 Satz 5, Satz 6 und Satz 8 SGB V)

Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe a ist wie folgt zu ändern:

- a) Doppelbuchstabe cc ist wie folgt zu fassen:

'cc) Satz 5 wird wie folgt gefasst:

"Um den besonderen Belangen der Versorgung in Kinderhospizen ausreichend Rechnung zu tragen, ist eine gesonderte Vereinbarung nach Satz 4 zu schließen." '

- b) Doppelbuchstabe dd ist wie folgt zu ändern:

aa) In dem neu gefassten Satz 6 sind die Wörter "der Vereinbarung nach Satz 4" durch die Wörter "den Vereinbarungen nach Satz 4 und Satz 5" zu ersetzen.

bb) In dem neu gefassten Satz 8 sind nach den Wörtern "Die Vereinbarung nach Satz 4" die Wörter "und Satz 5" einzufügen.

Begründung:Zu Buchstabe a:

In der Rahmenvereinbarung für stationäre Hospize wird zwar an verschiedenen Stellen auf die Bedürfnisse von Kindern Bezug genommen. Diese bisweilen eher allgemein gehaltenen Ausführungen tragen den besonderen Belangen von Kindern, denen es in stationären Kinderhospizen nachzukommen gilt, jedoch nicht in ausreichendem Maße Rechnung. Dies gilt nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass stationäre Kinderhospize völlig anders konzeptioniert sind als stationäre Hospize für Erwachsene. Das stationäre Kinderhospiz dient, im Gegensatz zum stationären Hospiz für Erwachsene, in erster Linie der Entlastung und Begleitung der Familien, wobei insbesondere auch die Geschwisterkinder im Fokus stehen. Viele Familien nutzen die Einrichtung auch mehrfach. Diesen Besonderheiten und den speziellen Bedürfnissen von Kindern und ihren Familien gilt es in einer eigenständigen Rahmenvereinbarung umfassend Rechnung zu tragen. Der Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung ist daher zwingend vorzuschreiben und nicht, wie im Gesetzentwurf vorgesehen, lediglich als Möglichkeit einzuräumen ("kann").

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe aa:

Auch in der Rahmenvereinbarung für Kinderhospize sind bundesweit geltende Standards zum Leistungsumfang und zur Qualität der zuschussfähigen Leistungen festzulegen. Hierdurch können Rechtsunsicherheiten für stationäre Kinderhospize beseitigt und eine Verbesserung der finanziellen Situation erreicht werden. Daneben ist dies für die Erzielung von bundeseinheitlichen Standards unerlässlich.

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe bb:

Die Rahmenvereinbarung für Kinderhospize ist, ebenso wie die Rahmenvereinbarung für stationäre Hospize, einer regelmäßigen Überprüfung zu unterziehen und an aktuelle Versorgungs- und Kostenentwicklungen anzupassen. Hauptziel der Hospizversorgung ist es, den Betroffenen und ihren Angehörigen bis zuletzt ein Stück weit Lebensqualität zu erhalten. Aus diesem Grund werden auch an die stationären Kinderhospize immer neue gesellschaftspolitische Anforderungen gestellt, die nicht oder nur in geringem Umfang von den Krankenkassen bezuschusst werden, obwohl es sich dabei um aufwendige und teure Leistungen handeln kann. Durch die Verpflichtung der regelmäßigen Überprüfung wird sichergestellt, dass auch in der Rahmenvereinbarung für Kinderhospize zeitnah aktuelle Versorgungs- und Kostenentwicklungen berücksichtigt werden.

2. Zu Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe dd
(§ 39a Absatz 1 Satz 6 SGB V)

In Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe dd ist im neu gefassten § 39a Absatz 1 Satz 6 nach dem Wort "festzulegen" folgender Halbsatz anzufügen:

"und insbesondere Anhaltswerte für die notwendige Personalausstattung festzusetzen"

Begründung:

Zwischen Leistungserbringern und Kostenträgern bestehen häufig unterschiedliche Auffassungen bezüglich der notwendigen Personalbesetzung in stationären Hospizen. Im Rahmen der Konkretisierung der zuschussfähigen Kosten ist es daher angezeigt, dass auch Anhaltswerte für die zur Erfüllung der bundesweit geltenden Standards zum Leistungsumfang und zur Qualität der zuschussfähigen Leistungen notwendige Personalausstattung in der Rahmenvereinbarung festgelegt werden. Dies soll durch den neu anzufügenden Halbsatz sichergestellt werden. Die auf dieser Grundlage anfallenden Personalkosten sind entsprechend zu refinanzieren.

3. Zu Artikel 1 Nummer 4 (§ 39b Satz 4 SGB V)

In Artikel 1 Nummer 4 sind in § 39b Satz 4 nach den Wörtern "abgestimmt werden" folgende Wörter anzufügen:

"und auch eine allgemeine Information über die Möglichkeiten der persönlichen Vorsorge für die letzte Lebensphase umfassen"

Begründung:

Viele Menschen haben den Wunsch, für sich selbstbestimmt persönliche Vorsorge für eine Lebensphase zu treffen, in der sie krankheitsbedingt nicht mehr oder nur noch eingeschränkt dazu in der Lage sind, eigene Entscheidungen zu treffen.

Der in § 39b SGB V normierte Anspruch auf Beratung und Hilfestellung durch die

Krankenkassen zu den Leistungen der Hospiz- und Palliativversorgung sollte daher um eine allgemeine Information über die generellen Möglichkeiten der persönlichen Vorsorge für die letzte Lebensphase (zum Beispiel den Abschluss einer Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht oder Betreuungsvollmacht) ergänzt werden. Hierbei soll es sich nicht um eine individuelle Beratung handeln, da eine solche Beratungsleistung von den Krankenkassen nicht erbracht werden kann. Vielmehr soll beispielsweise das Herausgeben der bereits von anderen Stellen (zum Beispiel von Verbraucherzentralen, vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie von den Landesjustizministerien) zu den Themen Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsvollmacht erstellten allgemeinen Informationsblättern genügen.

Die Information über die persönliche Vorsorge für die letzte Lebensphase soll dazu beitragen, dem Wunsch des Betroffenen nach Selbstbestimmung am Lebensende Rechnung zu tragen und ungewollte Behandlungen zu vermeiden.

4. Zu Artikel 1 Nummer 4 (§ 39b Satz 9 SGB V)

In Artikel 1 Nummer 4 sind in § 39b Satz 9 nach den Wörtern "nach dieser Vorschrift" die Wörter "vorzugsweise an die nach Landesrecht zu bestimmenden Stellen oder" einzufügen.

Begründung:

Bestehende spezialisierte regionale Stellen mit Beratungs-, Koordinierungs- und Vernetzungsauftrag sind vorzugsweise zu stärken. Hier sind auch Schulungen der lokalen Beratungsangebote, insbesondere der Pflegestützpunkte, die übergreifende Öffentlichkeitsarbeit unter anderem zu den Themenfeldern Sterben, Tod und Trauer angesiedelt. Es erscheint sinnvoll, eine weitergehende Öffnung der "Hospiz- und Palliativberatung" nach § 39b SGB V mit Beteiligung der in den Ländern und Kommunen bestehenden Beratungsstrukturen vorzusehen. Erfahrungsgemäß wird ein gestuftes Beratungssystem benötigt:

- allgemeine Beratung (PSP/Kassen)
- Spezialberatung, einschließlich Patientenverfügungsberatung (besondere Stellen).

Auch vor dem Hintergrund der Konzentration erscheint die Regelung sinnvoll.

5. Zu Artikel 1 Nummer 4 (§ 39b Satz 9 SGB V)

In Artikel 1 Nummer 4 sind in § 39b Satz 9 die Wörter "deren Verbände oder Arbeitsgemeinschaften" durch die Wörter "deren Verbände, Arbeitsgemeinschaften oder Pflegestützpunkte" zu ersetzen.

Begründung:

Versicherte benötigen für ihre Auswahl und Inanspruchnahme von Leistungen der Palliativ- und Hospizversorgung individuelle und gezielte Beratung. Diesem Grundgedanken trägt § 39b SGB V Rechnung.

Jedoch kann eine Vielzahl an Beratungsangeboten oder Beratungsstellen einem sterbenden Menschen beziehungsweise seinen Angehörigen erschweren, gezielt Rat zu suchen. Eine Bündelung der Beratung zum Themengebiet "Hospiz- und Palliativ" und anderen Beratungsangeboten, auch in Pflegestützpunkten, kann Synergieeffekte freisetzen und die Inanspruchnahme bei Versicherten erhöhen. Die Krankenkassen sind bereits heute als Kostenträger in § 92c SGB XI genannt. Es wird somit keine Leistung des SGB V in das SGB XI verlagert.

6. Zur Durchführung einer Evaluation der vorgesehenen Regelungen

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die Auswirkungen der im Hospiz- und Palliativgesetz vorgesehenen Regelungen auf die Versorgungslandschaft drei Jahre nach Inkrafttreten des Hospiz- und Palliativgesetzes zu evaluieren und auf dieser Basis die Notwendigkeit weiterer rechtlicher Regelungen zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland zu prüfen.

Begründung:

Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Zunahme von schwerkranken, geriatrischen Patienten in der Bevölkerung kommt der kontinuierlichen Weiterentwicklung hospizlicher und palliativmedizinischer Versorgungsstrukturen große Bedeutung zu.

Die im Hospiz- und Palliativgesetz vorgesehenen Regelungen sollen Voraussetzungen für die Sicherung und flächendeckende Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland schaffen. Die Auswirkungen dieser Regelungen auf die Versorgungslandschaft sollten dabei insbesondere im Hinblick auf deren Effektivität (Wirksamkeit) evaluiert werden.

Ziel einer Evaluierung wäre zudem die Erarbeitung von evidenzbasierten Empfehlungen für die Weiterentwicklung hospizlicher und palliativmedizinischer Versorgungsstrukturen, die gegebenenfalls als Grundlage für die Prüfung weiterer rechtlicher Regelungen auf Bundesebene dienen können.

7. Zu Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb
(§ 92 Absatz 7 Satz 1 Nummer 5 SGB V)

In Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe a ist Doppelbuchstabe bb wie folgt zu fassen:

'bb) Folgende Nummer 5 wird angefügt:

"5. Näheres zur Verordnung häuslicher Krankenpflege zur allgemeinen ambulanten Palliativversorgung sowie zu einer Überprüfung dieser Regelung zwei Jahre nach Inkrafttreten der geänderten Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Verordnung von häuslicher Krankenpflege." "

Begründung:

Eine praktikable Abgrenzung der allgemeinen Palliativpflege von den Leistungen der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV-Leistungen) allein aufgrund der Schwere der Erkrankung und der Ausprägung der Systematik wird nur schwer gelingen. Mehrfachinanspruchnahmen von Leistungen und damit Doppelfinanzierungen können daher nicht ausgeschlossen werden.

Es wird als zielführend erachtet, die Umsetzung und Wirkung der neuen Regelung zu überprüfen und auf dieser Grundlage dann Anpassungen vorzunehmen. Gegebenenfalls sind die Schnittstellen zwischen der allgemeinen und der spezialisierten ambulanten

ten Palliativversorgung an sich sowie zur Behandlungspflege genauer zu beschreiben.

Mit der Änderung soll ein entsprechender Evaluationsauftrag beim Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) verankert werden. Die Evaluation soll zwei Jahre nach der entsprechenden Änderung der Richtlinie des G-BA über die Verordnung von häuslicher Krankenpflege erfolgen.

8. Zu Artikel 1 Nummer 10 (§ 132g Absatz 1 Satz 1 und Absatz 5 - neu - SGB V)

In Artikel 1 Nummer 10 ist § 132g wie folgt zu ändern:

a) Absatz 1 Satz 1 ist wie folgt zu fassen:

"Zugelassene Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 43 des Elften Buches, Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, ambulante Pflege- und Hospizdienste und Krankenhäuser können am Ort der Leistungserbringung den Versicherten eine gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase anbieten."

b) Folgender Absatz 5 ist anzufügen:

"(5) Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen und die Vereinigungen der Träger der in Absatz 1 Satz 1 genannten Einrichtungen auf Bundesebene evaluieren bis zum [einsetzen: Datum des letzten Tages des sechsunddreißigsten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats] die Umsetzung und Wirkung der Leistung nach den Absätzen 1 bis 4."

Begründung:Zu Buchstabe a:

Vorgesehen ist ein individuelles, ganzheitliches Beratungsangebot über Hilfen und Angebote zur medizinischen, pflegerischen, psychosozialen und seelsorgerischen Betreuung und Versorgung vor dem Lebensende. Dieses soll die Angst schwerstkranker Patientinnen und Patienten und Pflegebedürftiger vor dem Sterbeprozess und schweren Leiden in der Sterbephase mindern und soll durch ein gutes Fallmanagement in Kooperation aller an der Versorgung beteiligten Leistungserbringer, Vertrauenspersonen und Beratungsstellen dem Wunsch der Betroffenen nach Selbstbestimmung und Vermeidung ungewollter Behandlungen Rechnung tragen.

Allerdings ist dieses Angebot auf Bewohnerinnen und Bewohner in vollstationären Pflegeeinrichtungen begrenzt. Entsprechend bleibt ein großer Teil der erbrachten medizinisch-pflegerischen Versorgung unberücksichtigt. Rund zwei Drittel der Pflege findet zu Hause statt. Die meisten Menschen möchten so lange wie möglich im vertrauten Umfeld bleiben. Es ist daher nicht nachvollziehbar, warum das vorgesehene Beratungsangebot auf Versicherte in stationären Einrichtungen beschränkt werden soll. Das durch die Krankenkassen finanzierte Angebot einer detaillierten Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase ausschließlich für Bewohnerinnen und Bewohner stationärer Einrichtungen zu begrenzen, läuft dem Prinzip des Vorrangs ambulanter vor stationärer Versorgung (§ 3 SGB XI) zuwider.

Ebenso sollte ein entsprechendes Beratungsangebot bereits in Krankenhäusern vorgehalten werden. Eine frühzeitige Beratung wäre ein wichtiger Baustein in der Überleitung in die anschließende Versorgung, die dann auch über die neue Regelung in § 39a SGB V umgesetzt werden kann.

Dies sollte für alle Menschen, unabhängig vom Pflegesetting, gelten. Das Versorgungsangebot ist daher auf den ambulanten Versorgungsbereich und Krankenhäuser zu erweitern.

Zu Buchstabe b:

Kostenverursachende gesetzliche Neuerungen sind erst dann legitim, wenn erwiesen oder evaluiert ist, dass die Maßnahmen geeignet sind, die Versorgung in der letzten Lebensphase zu verbessern. Das Beratungsangebot nach § 132g SGB V ist eine neue Leistung, die bisher weder regional noch bundesweit vorgesehen war, so dass über ihre Wirkung und Geeignetheit keine Erkenntnisse vorliegen. Die Einführung eines Beratungsangebotes in die ambulante und stationäre Versorgung unter Einbeziehung aller Leistungserbringer ist in Bezug auf Umsetzung und Wirkung auf die Versorgungssituation zu evaluieren, um zu erfahren, ob sich die Maßnahme bewährt und um

Schlüsse aus den Ergebnissen der Datenerhebung zu ziehen, wie das Beratungsangebot zukünftig zu optimieren ist.

9. Zu Artikel 1 Nummer 10 (§ 132g Absatz 6 - neu - SGB V)

In Artikel 1 Nummer 10 ist dem §132g nach Absatz 5 - neu - folgender Absatz 6 anzufügen:

"(6) Es sind Standards zur hospizlich-palliativen Versorgung zu definieren, die Eingang in die Prüfkataloge des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung finden und damit Bestandteil der Regelprüfungen werden."

Begründung:

Die Definition überprüfbarer beziehungsweise transparenter Leistungs- und Qualitätsstandards sollte für alle Felder der Hospiz- und Palliativversorgung gelten. Pflegeheime sind wichtige Akteure in der Versorgung pflegebedürftiger und sterbender Menschen. Perspektivisch wird ihre gesellschaftliche Bedeutung zunehmen. Daher ist es dringend erforderlich, auch hier für die Begleitung, Pflege und Behandlung sterbender Menschen klare Standards zu definieren und umzusetzen. Palliativgeriatrische Aspekte sind im Qualitätsmanagement der Heime sowie in den Qualitätsprüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung stärker als bisher abzubilden, um dem Anspruch nach Effizienz und Vertrauen in die Belastbarkeit der Ergebnisse von Qualitätsprüfungen Rechnung zu tragen. Die Standards sollen auch für Verbraucherinnen und Verbraucher nachvollziehbar sein und eine Entscheidungsgrundlage für den Einzug in Pflegeheime bilden.

10. Zu Artikel 1 Nummer 10 (§132g SGB V)

Finanzierung der gesundheitlichen Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase für alle Bürgerinnen und Bürger aus Steuermitteln; hilfsweise - bei Beschränkung auf das GKV-System - zur Gegenfinanzierung durch Erhöhung des Bundeszuschusses

Der Bundesrat begrüßt das Ziel des § 132g SGB V, für die letzte Lebensphase der Versicherten eine Versorgungsplanung mit dem Ziel anzubieten, Hilfen und Angebote zur Sterbebegleitung aufzuzeigen.

Der Bundesrat bedauert, dass dieses Angebot auf zugelassene Pflegeeinrichtungen nach § 43 SGB XI und Einrichtungen der Eingliederungshilfe nach SGB XII beschränkt wird und grundsätzlich nur Versicherten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu Gute kommt. Vielmehr sollte eine Versorgungsplanung in der letzten Lebensphase allen Bürgerinnen und Bürgern angeboten werden. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Der Bundesrat bittet deshalb, im weiteren Gesetzgebungsverfahren für das Beratungsangebot in der letzten Lebensphase statt der vorgesehenen Zuordnung zur GKV eine staatliche Leistung mit Finanzierung aus Steuermitteln des Bundeshaushaltes zu prüfen und das Beratungsangebot als staatliche Maßnahme allen Menschen in der letzten Lebensphase zur Verfügung zu stellen.

Soweit an einer Beschränkung des Beratungsangebotes auf das System der GKV festgehalten wird, wäre die Leistung aus Sicht des Bundesrates teilweise versicherungsfremd. Sie sollte durch eine entsprechende Erhöhung des Bundeszuschusses gegenfinanziert werden.

Begründung:

Gemäß dem Gesetzentwurf soll eine neue Vorschrift zur gesundheitlichen Versorgungsplanung in der letzten Lebensphase (§ 132g) in das Sozialgesetzbuch V aufgenommen werden. Die Regelung umfasst jedoch nur gesetzlich Krankenversicherte in Pflegeheimen und Einrichtungen der Behindertenhilfe.

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das Beratungsangebot nur in den vorgenannten Einrichtungen erbracht werden soll und nicht auch Personen zur Verfügung steht, die die letzte Lebensphase zu Hause verbringen wollen. Weiter ist nicht erkennbar, weshalb das Angebot auf gesetzlich krankenversicherte Personen beschränkt sein soll und andere Personen, wie zum Beispiel Versicherte der privaten Krankenversicherung oder Nichtversicherte, ausgeschlossen werden.

Es sollte aus diesem Grund geprüft werden, ob hier ein Beratungsangebot für alle Bürgerinnen und Bürger über eine staatliche Leistung aus Mitteln des Bundeshaushaltes zur Verfügung gestellt werden kann.

Als Leistung der GKV hätten Versicherte dieses teilweise versicherungsfremde Beratungsangebot über ihre Zusatzbeiträge zu finanzieren. Bei Beschränkung auf das System der GKV sollte ein angemessener Ausgleich durch entsprechende Erhöhung des für versicherungsfremde Leistungen zu gewährenden Bundeszuschusses erfolgen.

11. Zu Artikel 1 Nummer 10 (§ 132g SGB V)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren klarzustellen, dass die gesundheitliche Versorgungsplanung am Lebensende auch einem Betreuer beziehungsweise einem Vorsorgebevollmächtigten des Versicherten angeboten werden kann, wenn der Versicherte zu einer selbstbestimmten Entscheidung nicht mehr in der Lage ist, aber durch einen Betreuer mit dem Aufgabenkreis der Gesundheitsfürsorge oder durch eine mit einer Vorsorgevollmacht, die auch die Gesundheitsfürsorge umfasst, ausgestattete Person vertreten wird.

Begründung:

Aus § 132g SGB V, der den Betreuer beziehungsweise Bevollmächtigten als Adressaten des Angebots der gesundheitlichen Versorgungsplanung am Lebensende nicht erwähnt, geht nicht hinreichend klar hervor, dass diese Leistung in dem Fall, in dem der Versicherte zu einer selbstbestimmten Entscheidung nicht in der Lage ist, auch einem Betreuer oder einem Vorsorgebevollmächtigten angeboten werden kann. Es ist aber nicht einzusehen, warum gerade Versicherte, die einwilligungsunfähig sind - und damit bei der Beratung am Lebensende wohl ein nicht geringer Teil der Versicherten - von dieser Leistung im Ergebnis ausgenommen sein sollen.

Eine Erwähnung des Betreuers und des Bevollmächtigten als Adressaten der Beratungsleistung hätte auch den Vorteil, dass hierdurch zusätzlich hinreichend sichergestellt wäre, dass eine etwaige Patientenverfügung bei der Beratung ausreichend Berücksichtigung findet, denn der Betreuer und der Bevollmächtigte haben gemäß § 1901a Absatz 1 Satz 2 und Absatz 5 BGB der Patientenverfügung Ausdruck und Geltung zu verschaffen.

12. Zu Artikel 3 Nummer 1 (§ 28 SGB XI) und
Nummer 2 (§ 75 SGB XI)

- a) Der Bundesrat stellt fest, dass eine Ergänzung des Leistungskatalogs des § 28 SGB XI und der Rahmenverträge nach § 75 SGB XI um Maßnahmen der Sterbebegleitung über eine reine gesetzgeberische Klarstellung hinausgeht. Mit dem Ziel, die Bedürfnisse sterbender Menschen nach einer umfassenden medizinischen, pflegerischen, psychosozialen und spirituellen Betreuung und Begleitung, die der individuellen Lebenssituation und dem hospizlich-palliativen Versorgungsbedarf Rechnung trägt, bei der Erbringung von Pflegeleistungen zu berücksichtigen (vgl. Begründung zu § 28 SGB XI), ist eine erhöhte Leistungserwartung verbunden.
- b) Der Bundesrat stellt fest, dass zur Umsetzung der genannten Intention, die Hospizkultur und Palliativversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen weiter zu verbessern, die begriffliche Erweiterung der §§ 28 und 75 SGB XI um "Sterbebegleitung" nicht ausreichend und konkret genug ist. Hospizliche Begleitung und palliativ ausgerichtete Pflege müssen bereits vor der eigentlichen Sterbebegleitung - verstanden als Beistand am Lebensende - einsetzen. Der Bundesrat spricht sich dafür aus, den Begriff der Sterbebegleitung um "hospizliche Begleitung und palliativ ausgerichtete Pflege" zu ergänzen.
- c) Da eine ergänzte Leistungserwartung die Frage von Mehrkosten und ihrer Gegenfinanzierung aufwirft, fordert der Bundesrat, hierzu im weiteren Gesetzgebungsverfahren eine Regelung zu treffen. Eine weitere finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen und der Träger der Sozialhilfe gilt es hierbei vor dem Hintergrund des bestehenden Teilleistungssystems der Pflegeversicherung zu vermeiden.
- d) Der Bundesrat fordert in diesem Zusammenhang, im weiteren Gesetzgebungsverfahren auch die Finanzierung der besonderen medizinischen Behandlungspflege für Patientinnen und Patienten in der letzten Lebensphase in Pflege-

heimen zu überprüfen.

Begründung:

Vollstationäre Pflegeeinrichtungen sind maßgebliche Orte des Sterbens. In Deutschland versterben 30 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner innerhalb der ersten drei Monate nach Aufnahme und 60 Prozent innerhalb des ersten Jahres. Die Versorgung sterbender Menschen ist eine Kernaufgabe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Pflegeeinrichtungen. Die erfolgte konzeptionelle Weiterentwicklung der Palliativversorgung in Deutschland ist auch bei der pflegerischen Versorgung zu berücksichtigen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen körperliche, psychische, soziale Probleme und spirituelle Anliegen bei den Bewohnerinnen und Bewohnern rechtzeitig erkennen und geeignete Behandlungs- beziehungsweise Begleitmaßnahmen veranlassen - insbesondere unter Nutzung der und in Kooperation mit vorhandenen Hospiz- und Palliativversorgungsakteurinnen und -akteuren.

Allerdings ist hierbei die Gegenfinanzierung des Leistungsangebotes sicherzustellen. Eine nicht finanzierte höhere Leistungserwartung gegenüber den Pflegenden stünde im Widerspruch zu der schon heute vorliegenden Überlastung der Pflegekräfte beziehungsweise zu nicht auskömmlichen Personalschlüsseln. Eine weitere finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen (über erhöhte Pflegesätze) und der Träger der Sozialhilfe gilt es vor dem Hintergrund des bestehenden Teilleistungssystems der Pflegeversicherung zu vermeiden.

Dies betrifft sowohl den ambulanten als auch den stationären Bereich. Eine regelhafte Sterbebegleitung wird auch von den ambulanten Pflegediensten wesentlich mehr erfordern als sie derzeit erbringen (können), da der Einsatz in der Häuslichkeit der Pflegebedürftigen in den meisten Fällen nur punktuell erfolgt. Es ist daher bereits fraglich, ob die Ergänzung des Regelleistungskatalogs den ambulanten Bereich in gleicher Weise umfassen kann.

Für den stationären Bereich ist dabei auch Folgendes zu beachten: Die Versorgung von Menschen mit Pflege- und/oder Betreuungsbedarf umfasst in einem zunehmenden Maße auch medizinische Versorgungsaspekte. Insbesondere in stationären Pflegeeinrichtungen haben sich die Versorgungsbedarfe aufgrund des zunehmenden Alters der Bewohnerinnen und Bewohner und deren Multimorbidität verändert und zu einem Anstieg der Kosten der medizinischen Behandlungspflege geführt. Von einem weiteren Anstieg ist auszugehen. Die medizinische Behandlungspflege im stationären Bereich ist aber Bestandteil der Pflegeleistungen der Pflegeversicherung (§ 41 Absatz 2 SGB XI, § 42 Absatz 2 SGB XI, § 43 Absatz 2 SGB XI). Mehrkosten können daher grundsätzlich nur durch eine entsprechende Erhöhung der Pflegesätze

- zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen beziehungsweise der Träger der Sozialhilfe - ausgeglichen werden, während an anderen Lebensorten eine Leistungsgewährung nach dem SGB V und damit außerhalb des Teilleistungssystems erfolgen würde.

Erforderlich ist daher, die Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern unter Beachtung der Belange der Betroffenen auf den Prüfstand zu stellen.

13. Zu Artikel 4 (§ 17b Absatz 1 Satz 15 KHG)

Artikel 4 ist wie folgt zu fassen:

'Artikel 4

Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes

In § 17b Absatz 1 Satz 15 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1991 (BGBl. I S. 886), das zuletzt durch Artikel 16a des Gesetzes vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1133) geändert worden ist, wird vor dem Punkt am Ende ein Semikolon und werden die Wörter "unabhängig von Halbsatz 1 ist bei Palliativstationen oder -einheiten, die räumlich und organisatorisch abgegrenzt sind und über mindestens fünf Betten verfügen, dafür ein schriftlicher Antrag des Krankenhauses ausreichend" eingefügt.'

Begründung:

Zur geplanten Stärkung der Verhandlungsposition für Palliativstationen oder -einheiten ist die vorgeschlagene Regelung nicht ausreichend.

Zwar können Krankenhäuser demnach eigenständig entscheiden, ob sie die Versorgung von palliativmedizinisch zu versorgenden Menschen in Palliativstationen oder -einheiten über bundesweit kalkulierte Entgelte oder als besondere Einrichtung über krankenhausesindividuell zu verhandelnde Entgelte abrechnen wollen. Allerdings gilt dies nach wie vor nur unter den Voraussetzungen und Maßgaben des ersten Halbsatzes und damit befristet, bis eine sachgerechte Vergütung im DRG-System gewährleistet ist.

14. Zum Gesetzentwurf allgemein

- a) Der Bundesrat weist im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsverfahren des ersten Hospiz- und Palliativgesetzes auf die Geschichte der Hospizbewegung und ihre Bedeutung in Deutschland hin. Damit soll die Leistung einer großen Bürgerbewegung gewürdigt werden, die im Zuge der weiteren Entwicklung nicht von der hauptamtlichen Palliativmedizin und Pflege dominiert werden darf. Es war die Hospizbewegung, die darauf aufmerksam gemacht hat, dass jeder Mensch ein Recht auf sein individuelles Sterben hat. Sie hat das Sterben und den Tod enttabuisiert und aus der gesellschaftlichen Verdrängung zurück in die öffentliche Wahrnehmung geholt. Es war auch die ehrenamtliche Hospizbewegung, die den Grundstein dafür gelegt hat, dass inzwischen hauptamtliche Palliativpflege und Palliativmedizin finanziell honoriert werden.

Politik und Gesellschaft sind deshalb gefordert, dafür zu sorgen, dass bürgerchaftliche Hospizbewegung und hauptamtliche Palliativversorgung sich zukünftig wieder auf gleicher Augenhöhe begegnen können. All dies, was sich in der hospizlichen Begleitung und palliativer Pflege und Medizin entwickeln konnte, hatte letztlich den Ausgang in einer starken Bürgerbewegung, die sich der Bedürfnisse und Wünsche sterbender Menschen und ihrer Zugehörigen angenommen und Verbesserungen in der Sterbebegleitung erkämpft hat. Bürgerschaftliche Hospizbewegung und hauptamtliche Palliativmedizin und -pflege müssen auch in Zukunft als gleichberechtigte Komponenten einer guten Sterbebegleitung gesehen werden.

- b) Der Bundesrat betont weiterhin, dass der Begriff Hospiz aus der Geschichte und der Entwicklung der Hospizbewegung heraus verstanden werden muss. Demnach ist darunter kein Ort zu verstehen, sondern vielmehr eine Grundhaltung, die überall dort verankert werden soll, wo Menschen sterben und begleitet werden. Diese Haltung ist gekennzeichnet von einem respektvollen Umgang auf gleicher Augenhöhe einerseits mit dem sterbenden Menschen, seinen Wünschen und Zugehörigen und andererseits derjenigen miteinander, die ihn begleiten: ehrenamtlich und hauptamtlich Tätige unterschiedlicher Professionen. Damit ist die Einführung und

Ausprägung des hospizlichen Gedankens sowohl in der ambulanten Versorgung als auch in stationären Pflegeeinrichtungen und allen Abteilungen der Krankenhäuser gemeint.

- c) Der Bundesrat stellt fest, dass die gezielte und verpflichtende Information der Versicherten über bestehende Angebote und Möglichkeiten der hospizlichen Begleitung und palliativen Versorgung zu begrüßen ist. Damit ist allerdings noch keine Zugangsgerechtigkeit zu den wichtigen Informationen für alle gesellschaftlichen Gruppen garantiert. Wichtig ist eine breite gesellschaftliche Debatte auf der Grundlage sachlicher Informationen, vergleichbar der Kampagne "Gib Aids keine Chance". Der Ruf nach Sterbehilfe und/oder assistierter Selbsttötung ist in vielen Fällen Unwissenheit und Angst geschuldet: Unwissenheit in Bezug auf die Möglichkeiten der Palliativmedizin und -pflege und der hospizlichen Unterstützung, Angst vor Einsamkeit, vor Demütigung und insbesondere davor, anderen Menschen zur Last zu fallen. Der Unwissenheit kann mit Informationen begegnet werden, den genannten Ängsten mit einer Sozialpolitik, die sich dem Ziel einer "sorgenden Gemeinschaft" verpflichtet.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die Umsetzung des Hospiz- und Palliativgesetzes offensiv mit einer langfristig angelegten Öffentlichkeitskampagne zu begleiten, die allen Menschen, unabhängig von ihrer jeweiligen Lebenssituation, die Chance gibt, rechtzeitig über die Möglichkeiten einer guten hospizlichen Begleitung und palliativen Versorgung informiert zu sein.